

Drittes Buch.

Unter den Söhnen Friedrich Wilhelms III.

Drittes Buch

Unter den Söhnen Friedrichs Wilhelm III.

Erstes Capitel.

Das Ministerium Eichhorn 1840—1848*).

Der einflussreichste Rath des Ministeriums Altenstein konnte nicht ohne Besorgnisse der Regierung Friedrich Wilhelms IV. entgegensehen. Er verkannte nicht die mannigfachen Gaben des neuen Königs und das lebhafteste Interesse für das Bildungswesen, das er schon vor seiner Thronbesteigung bethätigt hatte; gegenseitig hatten sie einmal einen günstigen Eindruck von einander bei einer Sitzung des Staatsministeriums empfangen, in der eine Verordnung über die

*) Der Wechsel, der nach Altensteins Tod in Schulzes Stellung eintrat, schien mir auch eine andere Behandlung der folgenden Abschnitte zu gebieten. War bei dem Einfluss, den er auf Gymnasien und Universitäten im Ministerium Altenstein übte, eine eingehende Schilderung von dessen Wirksamkeit für sie mit seiner Biographie zu verbinden, so sprach gegen eine ähnliche Verbindung für die Zeit Friedrich Wilhelms IV., dass während dieser von der in der Regierung massgebenden Richtung Schulze bei Seite geschoben wurde; hier glaubte ich mich daher auf eine Darlegung seiner persönlichen Ansichten, Verhältnisse und Thätigkeit beschränken zu müssen. Leider bieten hierüber seine Aufzeichnungen und die gedruckten Quellen nicht so viel Aufschlüsse als man wünschen möchte; mehr ausführliche Raisonsnements als detaillirte thatsächliche Angaben hat sein Gegner Eilers in der 1849 erschienenen Schrift: Zur Beurtheilung des Ministeriums Eichhorn und in seiner Selbstbiographie veröffentlicht. Mit ihrer Besprechung hat Wendt in den Preussischen Jahrbüchern V, 572 ff. eine scharfe Kritik des Ministeriums Eichhorn verbunden, dagegen Mejer im XL. Bd. derselben Zeitschrift unter Heranziehung wichtiger ungedruckter Aktenstücke eine bessere Würdigung der Bestrebungen und Leistungen Eichhorns für die evangelische Kirche anzubahnen versucht; von ihm ist auch andere Literatur über Eichhorn in der Allgemeinen Deutschen Biographie V, 741 verzeichnet.

Beaufsichtigung von Privatschulen, Privaterziehungsanstalten und Privatlehrern berathen wurde. Sie war veranlasst durch eine Cabinetsordre des Königs, der auch durch sie eine Sicherung vor demagogischen Umtrieben schaffen wollte; Schulze billigte die Einwände, die der Kronprinz gegen den vorgelegten Entwurf erhob, war aber in Abwesenheit seines Ministers verpflichtet die Gründe für diesen geltend zu machen, und ausdrücklich bemerkte der Kronprinz, nachdem in der Sitzung der Entwurf angenommen war, Schulze habe seine Sache gut, er die seine minder gut vertreten. Anerkennung hatte der Kronprinz auch Altenstein gezollt. Davon zeugen die Briefe, die er an ihn richtete, davon die Worte, die er auf die Nachricht von seinem Tod schrieb*): „Es war ein sehr edler Mensch und kenntnissreich wie Wenige. Sein Verlust ist unersetzlich“. Aber in demselben Briefe wies er auch auf den Widerstand hin, den er ihm geleistet habe; anders als unter seinem Vater und unter Altenstein wünschte der neue Herrscher die geistlichen und die Unterrichts-Angelegenheiten geleitet zu sehen. Schon früher ist erwähnt, wie gereizt er über manche Massregeln des Ministeriums Altenstein war, wie er manchen seiner Pläne entgegentrat; einen besonders schweren Vorwurf machte er ihm aus seiner Begünstigung der Hegelschen Philosophie; so musste ihm der Einfluss des Rathes besonders bedenklich erscheinen, der offen seine Verehrung Hegels bekannte. Und auch in Schulzes und seines Ministers Geschäftsbehandlung und in den von ihnen getroffenen Ordnungen des Unterrichtswesens behagte Manches gar wenig den romantischen Ideen und Neigungen des Fürsten, der nach Gneisenaus treffendem Wort „lieber die Gewässer wieder gegen ihre Quellen leiten, als ihren Lauf in die Ebene regeln“ wollte, dessen reich begabter und leicht beweglicher Geist wohl zu vielseitiger Empfänglichkeit für Schönes und Edles, aber nicht zu folgerichtigem Denken und gemessenem Handeln gebildet war; schnell war er bereit in Anklagen gegen den Formalismus und die Pedanterie der Unterrichtsverwaltung, gegen ihre Förderung einer flachen Viel-

*) An Bunsen; s. Ranke, S. W. XLIX. L, 398.

wisserei, der Selbstvergötterung und des Unglaubens einzustimmen. Es war vorauszusehen, dass er weniger als sein Vater auf den Rath seiner Beamten hören, mehr als dieser stossweise in den Gang der Verwaltung eingreifen und dabei Persönlichkeiten begünstigen und Massregeln treffen werde, gegen die Schulze ernste Bedenken hegen musste. Noch mehr als er erwartete, fand dieser bald die Berechtigung solcher Besorgnisse während der Regierung Friedrich Wilhelms IV. bestätigt.

Freilich fehlte es in ihren Anfängen nicht an Entscheidungen des Königs, die auch Schulze freudig begrüßte: erfüllten sie doch Wünsche, die er längst gehegt hatte. War 1819 der von ihm ausgearbeitete Plan einer Einfügung von Turnübungen in das System des Unterrichts- und Erziehungswesens durch Friedrich Wilhelm III. abgelehnt und 1837 nur vorsichtig die Wiederaufnahme von Leibesübungen an den Gymnasien gestattet, so erlebte er nun die Genugthuung, dass nach einem wieder von ihm verfassten Immediatbericht seines und der Minister des Kriegs und des Inneren der König die schon 23 Jahre zuvor von ihm vertretenen Grundsätze durch eine Cabinetsordre vom 6. Juni 1842 billigte. Ausdrücklich wurde in ihr die Gymnastik als ein nothwendiger und unentbehrlicher Bestandtheil der männlichen Erziehung förmlich anerkannt und befohlen, an den öffentlichen Lehranstalten unter Aufsicht ihrer Directoren körperliche Uebungen in gehöriger Vollständigkeit, aber mit der durch den Zweck bedingten Einfachheit einzurichten*). Auch der von Schulze entworfene Bericht für die Erhöhung des Etats der Berliner Universität blieb jetzt nicht ohne Wirkung; allerdings wurde nicht die ganze von ihm beantragte Summe, vielmehr wurden statt 30 000 nur 20 000 Thaler bewilligt; auch sollten sie nicht nur, wie er gewünscht, zu Besoldungen der Lehrer, sondern auch für die Institute der Universität verwandt werden;

*) S. Wiese, Schulwesen I, 32 und die späteren Verfügungen hinsichtlich des Turnunterrichts bei Rönne, Unterrichtswesen I, 706 ff. Die Cabinetsordre vom 6. Juni 1842 veranlasste Trendelenburg zu seinem Aufsatz über das Turnen und die deutsche Volkserziehung, der in seinen Kleinen Schriften II, 112 ff. abgedruckt ist.

immer war dadurch in sehr förderlicher Weise das lebhafteste Interesse des neuen Herrschers für die Pflege der Wissenschaft in seiner Hauptstadt bethätigt. Ihr suchte er neuen Glanz auch durch Heranziehung berühmter Grössen der deutschen Kunst und Literatur zu geben; lebhafteste Freude empfand Schulze darüber, dass für Berlin Rückert und die Brüder Grimm gewonnen wurden, zu denen er schon in Hanau in persönliche Beziehungen getreten war. Wohl wusste er zu würdigen, was es für Preussens Ansehen in der öffentlichen Meinung und seine Bildungsanstalten bedeutete, dass an ihnen jetzt endlich eine neue Wirkungsstätte einigen der hervorragenden Gelehrten geboten wurde, die 1837 durch den Gewaltstreich Ernst Augusts von Hannover ihrer Göttinger Stellung beraubt waren und die gern schon unter Friedrich Wilhelm III. Schulze nach Preussen gezogen hätte. Besonders werthvoll musste ihm die Berufung des Führers der Göttinger Sieben, die Berufung Dahlmanns nach Bonn erscheinen, da er bereits 1821 nach seinem Besuch in Kiel seinen Minister nachdrücklich auf diesen „ausgezeichneten Docenten von einer anziehenden Persönlichkeit“ hingewiesen hatte, der „ohne Zweifel einer jeden Universität zur Zierde gereichen würde“. Mit nicht geringer Genugthuung musste es ihn erfüllen nach allen Leiden, welche die Demagogenverfolgung auch ihm gebracht hatte, dass ein schlimmes durch sie verschuldetes Unrecht der König schon früher zu sühnen sich bestrebt, dass er Arndt in seine Thätigkeit wieder eingesetzt hatte und dass ebenso von ihm auch die gegen Jahn erlassene polizeiliche Einschränkung aufgehoben wurde.

Diese „Acte eines edlen königlichen Herzens“ erregten lebhafteste Freude bei allen warm für das Vaterland empfindenden Deutschen, wie weit auch sonst ihre Anschauungen auseinandergehen mochten; sehr verschiedene Aufnahme aber fanden begreiflicher Weise andre gleichzeitige Handlungen des Königs. Unter den Berufungen, die er bald nach seinem Regierungsantritt vornahm, beklagte Schulze besonders die von Stahl und von Schelling. Gegen den Letzteren hatte 1834 das Ministerium Altenstein sich erklärt, weil er seit 1809 keinen öffentlichen überzeugenden Beweis seines wissenschaft-

lichen Fortschritts und der weiteren Entwicklung des von ihm Begonnenen geliefert und aus dem Kreis seiner Vorlesungen wesentliche philosophische Disciplinen z. B. die Logik ausgeschlossen habe; nach dem, was über Inhalt, Form und Wirkung seiner Vorlesungen bekannt geworden, sei zu besorgen, dass es ihm bei seinem vorgerückten Alter nicht gelingen werde, auf die wissenschaftliche Richtung von Studierenden einer evangelischen Universität so wohlthätig, gründlich bildend und gestaltend einzuwirken und einen solchen bedeutenden Einfluss zu behaupten als seine philosophischen Vorgänger und der auf dem Gebiete der Philosophie später aufgetretene Hegel. Schulze war, als er diese Sätze in dem von ihm entworfenen Bericht an den König*) niederschrieb, mit durch den Eindruck bestimmt, den er bei dem persönlichen Besuch einer Schellingschen Vorlesung in München im vorhergegangenen Sommer empfangen hatte; die damals von ihm geäußerte Besorgniss theilte jetzt auch Alexander von Humboldt, der 1835 Schelling gern nach Berlin gezogen hätte; 1840 sprach er die Furcht aus, dieser werde „wahrscheinlich nur kommen, um hier das fünfte Weltalter mumienartig zu vollenden“. Und nachträglich erklärte auch Bunsen, durch den der König die Verhandlungen mit Schelling führen liess, dass er die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt habe**).

*) Vgl. oben S. 442.

***) Vgl. Nippolds Bearbeitung des Lebens Bunsens II, 133 ff., wo interessante Mittheilungen auch über andere Berufungen dieser Zeit und Arndts Reactivirung gemacht sind. Die ersten Verfügungen der neuen Regierung sind in den Materialien zur Regierungsgeschichte Friedrich Wilhelms IV. (Königsberg 1845), Humboldts Aeusserungen über Schelling und die Göttinger Sieben von Dove (Humboldt II, 316 ff.) zusammengestellt; die Geschichte der Berufung der Brüder Grimm und Dahlmanns haben ausführlich Wendeler in seiner Ausgabe des Briefwechsels von Meusebach mit Jacob und Wilhelm Grimm S. 255 ff. und Springer, Leben Dahlmanns II, 97 ff. behandelt. Aus dem Brief von Gervinus an Dahlmann vom 30. December 1837 (in dem von Ippel herausgeg. Briefwechsel II, 155) ergiebt sich, dass Schulze den Göttinger Sieben rieth sich mit einer Petition an Friedrich Wilhelm III. zu wenden und Humboldt dies billigte; begreiflicher Weise wollten darauf Gervinus und Dahlmann nicht eingehen. Dass des Letzteren Berufung

Wie bei der Berufung Schellings Bunsen, so war bei der Dahlmanns und der Brüder Grimm Bettina von Arnim besonders thätig; es erschien Schulze nicht unbedenklich, dass der König solche Verhandlungen durch andre Persönlichkeiten als die amtlich zu ihnen Berufenen betrieb. Noch schmerzlicher aber empfand er, wie unter der neuen Regierung die Verhältnisse im Ministerium selbst gestaltet wurden. An seine Spitze wurde im October 1840 Eichhorn gestellt. Er hatte einst am Rhein freundschaftlich mit Schulze verkehrt und zu seiner Berufung nach Berlin mitgewirkt; wie Schulze hatte er unter allen Schwierigkeiten, die auch ihm die Metternichsche Politik bereitete, durch seine Thätigkeit als Ministerialreferent über die deutschen Angelegenheiten sich um Preussen und Deutschland grosse Verdienste erworben. Alexander von Humboldt glaubte danach, als er von seiner Ernennung hörte, Schulze persönlich zu diesem neuen Vorgesetzten Glück wünschen zu sollen; er war überrascht, als Schulze solchen Glückwunsch ablehnte; kaum war ein Jahr verflossen, als er ihm ausdrücklich eingestand, völlig seien seine Befürchtungen durch das Verhalten des neuen Ministers gerechtfertigt. Schulze verkannte bei ihm so wenig als bei dem König den guten Willen, den Beide für die Förderung der Bildungsanstalten hegten; aber bei Beiden vermisste er die richtige Einsicht in ihre Lebensbedingungen und die erforderliche Ruhe, beklagte er „den stürmischen Werdedrang zu neuen noch nicht gereiften Schöpfungen“ und ihre „ehrlich gemeinte, aber unklare Neigung zu hyperorthodoxen und pietistischen Richtungen“. Auch der alte Freund Schleiermachers glaubte vor allem die „Drachensaat des Hegelschen Pantheismus“, wie sein Monarch sich ausdrückte, bekämpfen zu müssen; da zur Durchführung seiner Absichten die massgebenden Rätthe seines Vorgängers nicht geneigt und ge-

zunächst auch noch unter Friedrich Wilhelm IV. auf Schwierigkeiten stiess, zeigt namentlich sein ebenda I, 423 abgedruckter Brief an W. Grimm, in dem auch ein Schreiben von Schulze erwähnt wird; auf Schulzes 1821 über Dahlmann gefälltes Urtheil wies ich schon in den Preussischen Jahrbüchern LV, 497 hin.

eignet waren, beantragte er, wie sein Verehrer Eilers*) erzählt, ihre Entfernung. Der König war mit ihm einverstanden, liess sich aber durch die Vorstellungen eines Cabinetsministers, der besorgte, dass durch eine weitgehende Aenderung des Personals des Ministeriums „die ganze Beamtenhierarchie erschüttert würde“, bestimmen auf sie zu verzichten. Nachdrücklich betont Eilers, dass daraus die grössten Schwierigkeiten für den Minister entsprangen; sie wurden von diesem selbst gesteigert durch die Behandlung, die er seinen Räthen widerfahren liess. Eilers selbst hat ausgeführt**), wie diese durch die Stellung verletzt wurden, die ihm Eichhorn in dem Ministerium anwies; wer seine späteren Erörterungen über seine und seines Ministers Bestrebungen und zugleich seine früher aus Kreuznach und Coblenz an Schulze gerichteten Briefe gelesen hat, wird begreifen, dass namentlich dieser mit Schmerz und Unwillen die Thätigkeit von Eilers betrachten musste, bei dem auch ein ihm wohlwollender Beurtheiler***) den Mangel an Klarheit hervorgehoben hat. In seinem Gegensatz gegen die realistischen Tendenzen der Zeit, in seinen Klagen über die zu hohen Anforderungen, die an die Schüler der preussischen Gymnasien gestellt würden, und in der Auffassung ihrer Aufgabe hatte Eilers manche Berührungspunkte mit Thiersch, dem auch Friedrich Wilhelm IV. öfters in warmen Worten seine Anerkennung ausgesprochen hat†); aber während Thiersch alle seine Gedanken und Kräfte der Förderung freier humaner Bildung widmete und entschieden all ihren Feinden entgegentrat, führte den preussischen König, seinen Minister und dessen Vertrauensmann ihr Kampfeifer gegen Hegelianismus, Rationalismus und andere Richtungen, die der von ihnen gewünschten Kräftigung eines lebendigeren christlichen Geistes im Wege

*) In seiner Selbstbiographie VI, 138.

**) Ebenda IV, 62 ff.

***) Jäger in der Allg. Deutschen Biographie V, 757. Ob für Eichhorn Eilers „eine richtig ergänzende Kraft“ war, bezweifelt bei aller ihm gezollten Anerkennung auch Mejer in den Preussischen Jahrbüchern XL, 199 f.

†) S. seine Briefe im Leben Thierschs II, 520 f. 522 f. 548. 556.

standen, zu Massregeln, durch welche Vertreter wissenschaftlicher Forschung und humaner Bildung verletzt und deren Gegner begünstigt wurden.

Es ist bekannt, wie sehr die ultramontanen Bestrebungen durch die Art, in der die neue Regierung den Kölner Streit beilegte, durch die Zugeständnisse, die sie dem gewandten Nachfolger Drostes machte und durch Geissels Verwaltung in Köln gestärkt sind*), wie verhängnissvoll in gleicher Richtung auch die 1841 erfolgte Einrichtung einer besonderen Abtheilung des Ministeriums für katholische Kirchenangelegenheiten gewirkt hat**). Gleichzeitig wurde nun auch ein eigener Referent für die katholischen Gymnasien im Ministerium bestellt, während bisher Schulze mit dem Vortrag über alle Gymnasien betraut gewesen war. Es hatte ihm besonders am Herzen gelegen, auch die Bildung der katholischen Bewohner Preussens, für die er einst schon in Coblenz gewirkt hatte, zu fördern; wie erwähnt, hatte er dabei weitgehende Rücksicht auch auf die confessionellen Verhältnisse genommen und in Berlin wie in Coblenz sich bemüht mit den katholischen Geistlichen, mit denen er zu verkehren hatte, ein friedliches Verhältniss zu pflegen; aber zugleich hatten alle Erfahrungen seiner amtlichen Thätigkeit ihn in der Ueberzeugung bestärkt, wie nothwendig es gerade auch im Interesse der Katholiken Preussens sei, die Rechte des Staats in der Schulverwaltung energisch zu wahren. Für diese und für die unbefangene sachliche Beurtheilung der einzelnen zu erörternden Fragen schien es ihm bedenklich zu sein, wenn schon bei der Bestellung des Referenten über sie im Ministerium anderweitige, confessionelle Rücksichten sich geltend machten; er beklagte desshalb die neue Einrichtung, die beibehalten wurde, auch als Eichhorn 1842 an Schulzes Stelle Kortüm mit dem Vortrag über die evangelischen Gymnasien betraute.

*) Vgl. namentlich Friedberg, Die Grundlagen der preussischen Kirchenpolitik unter Friedrich Wilhelm IV. (Lpzg. 1882) S. 48 ff. und die Würdigung Geissels in Sybels Historischer Zeitschrift XXXI, 136 ff.

***) S. hierüber besonders auch Mejer in den Preussischen Jahrbüchern XL, 195 f.

Verlor Schulze auf diese Weise seinen Einfluss auf die Gymnasien, zu deren Leitung er zunächst in das Ministerium berufen war, so nahm auch Eichhorn seine Kraft für die Universitäten in Anspruch. Er verlangte von ihm die Abfassung vieler auf sie bezüglicher ausführlicher Berichte; dass bei Berufung auswärtiger Gelehrter, mit denen unter Altenstein gewöhnlich direct verhandelt war, jetzt meist zunächst Mittelspersonen mit Anfragen betraut wurden, veranlasste mannigfache Weiterungen und erhöhte die Arbeitslast des Referenten. Besonders wichtige sachliche und persönliche Fragen aber entschied der Minister auch auf diesem Gebiet ohne seinen Rath in bestimmtem Gegensatz zu der Richtung und der Methode seines Vorgängers. „Den höchsten wissenschaftlichen Gesichtspunkt zur Geltung zu bringen“, die Lehrfreiheit zu schützen und das Leben der Universitäten vor Störungen durch kirchliche und politische Agitationen möglichst zu bewahren, hatte Altenstein in äusserst vorsichtiger und ruhiger Haltung sich bestrebt; Friedrich Wilhelm IV. und Eichhorn hielten sich dagegen verpflichtet ihren persönlichen Ansichten über die Zeitbewegungen in öffentlichen Reden lebhaften Ausdruck zu geben und auch durch Massregelung von Universitätslehrern, in denen sie „Staats- und Kirchenverwüster“ erblickten, den „revolutionären Zeitgeist“ zu bekämpfen; sie steigerten dadurch die Gährung, die in den damaligen geistigen und politischen Verhältnissen Deutschlands begründet war, und reizten auch unter einander sehr verschiedenartige Vertreter der deutschen Wissenschaft zur Opposition gegen ihr Regiment. Darunter litt die sachliche Beurtheilung der Universitätsfragen. Eichhorn erstrebte eine Besserung der Methode des akademischen Unterrichts; aber die Vorschläge, die er hierzu machte, wurden gerade auch von solchen Professoren abgewiesen, die sich für die Herstellung des von ihm gewünschten innigeren geistigen Verkehrs zwischen Lehrern und Lernenden, für ein nicht nur „passives Aufnehmen“ Seitens der Letzteren mit Eifer und Erfolg bemüht hatten. Trendelenburg, der schon in dem vergangenen Jahrzehnt „Übungen zur Einführung in die philosophischen Systeme“ zu halten begonnen hatte, erklärte Eichhorns An-

ordnungen über „repetitorisch-conversatorische“ Uebungen für schädlich; Ritschl spottete über sie; Dahlmann wies nachdrücklich auf den politisch bedenklichen Charakter dieser und anderer Massregeln des Ministers hin*). Besondere Missstimmung rief unter den classischen Philologen ein Artikel der vom Ministerium unterstützten Literarischen Zeitung hervor, der sich gegen den unchristlichen Geist der Gymnasien, gegen die auf ihnen gepflegte „allgemeine Bildung“, gegen ihre Erziehung von „lauter Menschen aussprach, in denen nichts als Bildung, kaum eine Spur noch von Gesinnung, Charakter, Thatkraft“ zu finden sei. In scharfen Worten geisselte Thiersch diese von Eilers ausdrücklich gebilligten Auslassungen; Lobeck und Ritschl hielten sich verpflichtet bei festlicher Gelegenheit den Angriffen der frommen Dunkelmänner gegen die classischen Studien entgegenzutreten**).

Schmerzlich berührten Schulze alle diese Vorgänge und das Verfahren gegen manche ihm besonders nahe stehende Professoren und Beamten, so u. A. auch gegen Rehfuß in Bonn, den er unter allen Regierungsbevollmächtigten an den Hochschulen am meisten schätzte und der sich nun 1842 zur Aufgabe seines Amtes gezwungen sah; in persönliche Differenzen mit seinem Vorgesetzten verwickelte ihn dessen Haltung gegenüber der periodischen Literatur. Als Eichhorn, so berichtet Schulze selbst, „von seinem Standpunkt aus auf die bisherige freie Wirksamkeit der Redaction der Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik einen leitenden Einfluss auszuüben versuchte, traten diejenigen, welche sich einem solchen Ansinnen nicht fügen konnten und wollten und zu welchen auch ich gehörte, von der Redaction zurück und mussten leider nur zu bald die wehmüthige Erfahrung machen, dass

*) S. Trendelenburgs Aeusserungen in den Philosophischen Monatsheften VIII, 389, die Ritschls bei Ribbeck II, 144 f. und die Dahlmanns bei Springer II, 131 ff.

**) Vgl. Paulsen, Gesch. des gelehrten Unterrichts S. 682 ff. und ausser der von ihm angeführten Literatur Ribbeck, Ritschl II, 139 ff. und die in Friedländers Mittheilungen aus Lobecks Briefwechsel S. 125 ff. veröffentlichte interessante Correspondenz zwischen diesem und Eichhorn aus d. J. 1843.

ein Institut, welches sie seit seiner Entstehung mit Liebe gepflegt hatten, durch die ebenso unzeitige als ungerechtfertigte Einmischung der Regierung seinem Untergang entgegengeführt worden“. Er nennt unter den ihm gleichgesinnten Mitgliedern der Redaction Marheineke und Varnhagen von Ense; ausdrücklich hat auch Letzterer hervorgehoben, wie brav sich Schulze bei der entscheidenden Sitzung der Societät gehalten habe*).

Noch empfindlicher aber als durch dies Verfahren Eichhorns gegen die kritische Zeitschrift, für die Schulze sich lebhaft interessirt hatte, fühlte er sich durch die vom Ministerium unterstützte Literarische Zeitung gekränkt. Hatte sie in jenem oben erwähnten Artikel die classischen Philologen eines unchristlichen Geistes beschuldigt, so wurde im November 1845 von ihr direct das Altensteinsche Ministerium angegriffen und ihm vorgeworfen, es habe „durchaus eine glaubens- und gemüthlose Verstandesbildung befördert. Die ganze gemüthliche Seite der Geistesbildung, hiess es hier, das religiöse Element des Unterrichts, zumal in den höheren Lehranstalten, war vernachlässigt, einer masslosen Willkür preisgegeben. Es war, als sollte es überall nur auf Geschäftstüchtigkeit und Wissenschaft ankommen; die Religion beruht aber auf etwas Anderem, und so war sie etwas Gleichgültiges, das nur noch aus Gewohnheit auf dem Katalog stand“. Ein grosser Theil des Lehrstands, erörterte der Artikel weiter, habe den Unglauben selbst zum point d'honneur gemacht, erfahrene Männer hätten die „zunehmende Verödung der Gemüther und die leere Verständigkeit, womit sich leicht ein materialistischer Sinn und gefühllose Selbstsucht verbinden, mit Betrübniß wahrgenommen“. Bei dem Wechsel des Throns und des geistlichen Ministeriums hätte deshalb eine principielle Aenderung eintreten, die Religion besonders hervorgehoben werden müssen, dadurch seien Empfindlichkeiten erregt und Missvergnügte erzeugt, die in ihren Vorwürfen weder sparsam noch besonnen. Das sei sehr

*) In seinen Tagebüchern II, 153. Vgl. auch seine Denkwürdigkeiten VII, 554 ff.

begreiflich; „dass sie sich aber über die Lage der Dinge so ungeheuer täuschen, beweist ihre leidenschaftliche Verblendung. Sie wollen die geistige Freiheit retten, die gar nicht bedroht ist; sie reden von Fortschritt und sie selbst sind die Zurückbleibenden“. Wie mussten durch solche Auslassungen die noch thätigen Rätthe Altensteins berührt werden! Als Schulze nach ihrem Erscheinen zuerst seinen alten Freund und Collegen Kortüm, der sie noch nicht kannte, im Ministerium wiedersah, veranlasste er ihn, vor dem Beginn einer Sitzung den Artikel zu lesen; Kortüm gab ihm das Blatt zurück mit den Worten: „Das ist niederträchtig“. „Ja, setzte Schulze hinzu, nur ein Lotterbube kann diesen Aufsatz verfasst haben“. Er wusste nichts von den amtlichen Beziehungen, in denen Eilers zu der Literarischen Zeitung stand, und sprach dies auch sofort aus, als er nach dem Schluss der Sitzung darauf hingewiesen wurde. Er wiederholte diese Erklärung auch am folgenden Tage, als Eichhorn ihn kommen liess und ihm die heftigsten Vorwürfe darüber machte, dass er in seinem Sessionszimmer einen seiner Rätthe gröblich beleidigt habe. Der Minister aber war durch Schulzes mündliche Aeusserungen nicht befriedigt; er verlangte von ihm eine schriftliche Erklärung. Schulze nahm keinen Anstand nun auch schriftlich zu erklären, dass er keineswegs durch seine Worte irgend Jemanden und am wenigsten einen der Rätthe persönlich habe beleidigen wollen; eine solche Absicht habe er schon desshalb nicht hegen können, weil ihm der Verfasser jenes Aufsatzes gänzlich unbekannt und er erst nachträglich über das amtliche Verhältniss von Eilers zu der Literarischen Zeitung unterrichtet sei. „Meine Aeusserungen, fuhr er fort, bezogen sich lediglich auf die kränkenden und aller Begründung ermangelnden Behauptungen, welche in jenem Aufsatz über das Ministerium Altenstein enthalten sind, und auf die ausserordentliche Lage, worin sich die noch lebenden Mitglieder dieses Ministeriums jenem Aufsatz und der richtenden Mitwelt gegenüber befinden. Wehmuthsvoll gedachte ich besonders der schon heimgegangenen Mitglieder dieses Ministeriums, welche sich nicht mehr gegen den Vorwurf vertheidigen können, dass sie eine gemüth- und

glaubenslose Richtung allen höheren Lehranstalten des preussischen Staats gegeben haben. Ist mir in der Unmittelbarkeit meines seit Jahren gehegten Grams über solche und ähnliche dem Ministerium Altenstein gemachten Vorwürfe ein oder das andere Wort entfallen, welches, losgerissen aus dem Zusammenhang der Rede, nicht der Stelle, wo ich sprach, angemessen war oder scheinen könnte: so thut mir solches leid und ich tadle aufrichtig mein Ungeschick, dass ich bei der mich überwältigenden Macht der reinen Sache, die ich in jenem Augenblick vertreten wollte, nicht gleich das rechte Wort habe finden können“. Es spricht für seinen und für seines Ministers Charakter, wie nach dieser Erklärung vom 6. December 1845 eine Aussöhnung zwischen Beiden noch in demselben Monat herbeigeführt wurde; am 21. dankte Schulze dafür, dass Eichhorn durch ein an ihn gerichtetes Schreiben wohlwollend ihm wieder die Hand gereicht habe. „Meinem öffentlichen Berufe, bemerkte Schulze in seinem Brief, gehört auch mein Herz und für mich giebt es keinen Staatsdienst ohne Liebe, aus welcher auch die Ehre quillt. Ew. Excellenz wollen hieraus hochgeneigt ermessen, in welcher Stimmung mir die letzten Wochen vergangen sind und wie dankbar ich die wiedereröffnete Aussicht auf Ew. Excellenz Wohlwollen begrüße. Möchte es mir, noch ehe ich abgerufen werde, gelingen, Ew. Excellenz durch die That zu überzeugen, dass die grossen politischen und kirchlichen Aufgaben der Gegenwart meiner Theilnahme und meinem Nachdenken nicht fremd geblieben sind, und dass ich keine Anstrengung und keine Opfer scheue, wenn es gilt, dem Staate, welchem ich mit jeder Lebensfaser angehöre, meine unbedingte Hingebung und Ew. Excellenz in Hochdero überaus schwieriger Stellung meine Treue zu bewähren.“ So wurde die äussere Möglichkeit der Zusammenarbeit von Beiden hergestellt; im folgenden Jahr bot der schmerzlichste Verlust, den Schulze erlitt, seinem Minister den Anlass ihm seine persönliche Theilnahme zu bezeugen.

Nicht nur durch die Gestaltung der öffentlichen und seiner amtlichen Verhältnisse ist Schulze in diesen Jahren hart getroffen, sondern auch durch schwere häusliche Leiden.

Bei seinen anstrengenden Arbeiten war es für ihn von ganz besonderem Werth, dass seit der ernstesten Krankheit, die er unmittelbar vor seiner Verheirathung in Hanau durchzumachen hatte, dreissig Jahr lang nie seine körperlichen Zustände seine Thätigkeit hemmten, dass er ohne Nachtheil für sie und ohne einer Ausspannung zu bedürfen, regelmässig bis tief in die Nacht arbeiten konnte und dass er nach allen Kämpfen und Sorgen, die ihm sein Beruf brachte, stets die beste Erquickung im Frieden seines Hauses bei seiner Frau fand. Ihre ruhige Kraft und stille Fassung lernte er doppelt schätzen bei den schweren Schlägen, die sie trafen. Drei Kinder wurden in zarter Jugend ihnen entrissen, schon 1819 das noch in Coblenz geborene Töchterchen, vier Jahr darauf bald nach einander zwei Zwillinge, ein Knabe und ein Mädchen, die beide kaum ein Jahr alt geworden sind. Eine noch härtere Prüfung aber wurde den Eltern dadurch auferlegt, dass ihr ältester Sohn Karl, der sich zunächst körperlich und geistig auf das Beste zu entwickeln und zu den schönsten Hoffnungen zu berechtigen schien, bald nach Vollendung seines dritten Jahrs von epileptischen Krämpfen überfallen und durch solche Anfälle, die in späteren Jahren mit vermehrter Heftigkeit wiederkehrten, sein ganzes Nervensystem zerrüttet wurde. Die Versuche ihn zu unterrichten mussten aufgegeben werden; immer mehr machte sich eine Abnahme seiner geistigen Kräfte bemerkbar, bis endlich im Juni 1843 der Tod den Unglücklichen von dem, wie die Section erwies, unheilbaren Leiden erlöste. Mit Recht rühmte es Schulze als den grössten Beweis für die Stärke seiner Frau, dass sie 24 Jahre lang mit immer gleicher Geduld den geliebten armen Sohn gepflegt hatte; natürlich aber war dadurch auch ihre Widerstandskraft vermindert, als ihr eine neue ernste Sorge durch eine lebensgefährliche Krankheit ihres Mannes bereitet wurde. Im Mai 1845 brachten ihn wiederholte heftige Brustkrämpfe dem Tode nahe; dass sein Leben gerettet wurde, dankte er, wie er selbst sagt, nur seinem ihn behandelnden Stiefsohn Ludwig Böhm, der „die Einsicht und den Muth hatte ihm in den verhängnissvollen Stunden vier Mal hinter einander die Ader zu schlagen“. Auf das Beste tröstete und pflegte ihn

auch in dieser Krankheit seine Frau; aber noch in demselben Jahre wurde sie selbst viel durch gichtische Leiden geplagt, die alle Bemühungen ihres Sohns und eine Badekur nur zu lindern, aber nicht zu heilen vermochten; am 4. Mai 1846 ist sie sanft entschlafen.

Das letzte Gespräch, das sie mit ihrem Mann führte, bezog sich auf die Zukunft ihres Sohnes Ludwig Böhm. Auch dessen Erziehung hatten sie in völligem Einverständniss geleitet; mit inniger Freude hatte die Mutter beobachtet, wie die Entwicklung ihres Sohns, dessen ruhiges Wesen von der lebhaften Art seines zweiten Vaters wesentlich verschieden war, von diesem mit immer steigender Befriedigung, ja Bewunderung betrachtet wurde. Wie er ihn als Forscher, als Arzt und als Menschen schätzte, zeigen deutlich die Aeusserungen, zu denen er 1845 und Anfang 1846 Götting gegenüber veranlasst wurde, da damals Böhm als Professor der Chirurgie für Jena in Vorschlag gebracht war; Schulze wünschte, dass sein Sohn den Ruf annähme, weil er dort ungestörter seiner Wissenschaft leben könnte; Böhm aber entschied sich anders und zwar, wie Schulze*) vermuthete, weil „seine grosse Anhänglichkeit an seine Mutter und an mich ein bedeutendes, ja entscheidendes Gewicht in die Wagschale gelegt haben, wovon er aber nach seiner schweigsamen Weise auch nicht die leiseste Andeutung gemacht hat, wohl wissend, dass ich ein solches Opfer von seiner Seite aufs entschiedenste würde abgelehnt haben“. Dass Eichhorn dann den Antrag der Berliner medicinischen Facultät auf Beförderung Böhms wohlwollend berücksichtigte und ihn gerade an Schulzes Geburtstag auch zum Mitglied der wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen ernannte, wurde besonders dankbar von dem Vater empfunden. Grosse Freude ist ihm vielfach auch durch den einzigen eigenen Sohn bereitet, der nach dem Tod seines Karl ihm noch geblieben, der vier Jahre nach diesem 1820 geboren und in Erinnerung an

*) In seinem Brief an Götting vom 23. Januar 1846. Vgl. über Böhm namentlich den Aufsatz von Rudolf Köpke in dessen Kleinen Schriften S. 819 ff. und A. Hirsch in der Allg. Deutschen Biographie III, 65.

Schenkendorf Max genannt war. Lebhaft interessirte sich Schulze namentlich für dessen früh hervortretende künstlerische Begabung; schon als er in Quinta sass, schrieb sein Vater an Passow, er zeichne Porträts nach dem Leben mit einer treffenden Aehnlichkeit und einer Schärfe der Auffassung, wie man sie bei einem Knaben von zehn Jahren selten finde. Er lernte dabei auch die Methode seines Lehrers Peter Schmid genauer kennen und bemühte sich dieser Eingang in den preussischen Schulen zu verschaffen*). Seine künstlerischen Interessen und Bestrebungen hat Max Schulze auch später nicht aufgegeben, nachdem er dem juristischen Beruf sich zugewandt hatte; dass er eine Anstellung in Berlin fand und ganz mit dem Vater zusammenlebte, hat dieser dankbar als ein hohes Glück seines Alters gepriesen.

In einem vertrauten Brief an Göttling rühmte er 1847 die Trefflichkeit seiner Söhne und die liebevolle Art, in der sie für ihn sorgten; aber freilich, setzte er hinzu, auch sie könnten die schmerzliche Lücke nicht ausfüllen, welche durch den Hingang ihrer Mutter in seinem Leben entstanden sei. Seinem alten Freunde verbarg er auch nicht, wie manchen Kummer er in seiner amtlichen Thätigkeit erfahre; „dennoch, schrieb er, bleibe ich unverdrossen, und verliere den Muth nicht; die sieben letzten Jahre waren für mich eine zweite harte, aber doch heilsame Prüfung, aus welcher ich, Ihnen darf ich es sagen, mit dem trostvollen Bewusstsein hervorbe, in keiner Sache und in keinem Augenblick der Wahrheit und meinem Charakter ungetreu geworden zu sein, und die unverwüstliche Liebe, mit welcher ich dem preussischen Staate angehöre, rein und treu bewährt zu haben. Meine Ueberzeugung steht fest, dass ich, indem ich dem preussischen Staate in strenger Pflichterfüllung und ohne Rücksicht auf Gunst und Beifall diene, zugleich für mein deutsches

*) Max Schulze hatte seine Zeichenstunden bei Schmid zusammen mit dem jungen Karl von Nagler, dessen Erzieher Trendelenburg sich ebenfalls an dem Cursus betheiligte. Nach eigener praktischer Erfahrung konnte so Trendelenburg die Schmid'sche Methode in einem Aufsatz der Allgemeinen Schulzeitung empfehlen; vgl. Bratuscheck in den Philosophischen Monatsheften VIII, 349 f.

Zweites Capitel.

Revolution und Reaction 1848—1858.

Im April 1848 schrieb aus Breslau Friedrich Haase an Schulze: „Der grosse und erfreuliche Umschwung unseres Lebens muss wohl denen am erfreulichsten sein, die den schweren Druck der früheren Zustände auch persönlich empfunden haben; ich erinnere mich lebhaft, wie innig Sie bei unseren letzten Gesprächen den Schmerz theilten über die damals noch so hoffnungslosen Verhältnisse, und das Bewusstsein dieser Gemeinschaft drängt mich nun auch die Freude mit Ihnen zu theilen und Ihnen Glück dazu zu wünschen, dass Sie nun am Abend Ihres Lebens noch den Aufgang einer lange ersehnten besseren Zeit sehen, die es Ihnen danken wird, dass Sie aller der Widerwärtigkeiten und Unwürdigkeiten ungeachtet, welche Sie haben mit ansehen oder selbst ertragen müssen, Ihren Posten nicht verlassen haben“. Aber in demselben Briefe wies Haase auch auf die Gefahren hin, die von entgegengesetzten Seiten her drohten; klagte er über die Thorheit der Radicalen, so wurde durch ihr Treiben natürlich noch mehr der Vertreter des alten preussischen Beamtenthums abgestossen. Schulze vermisste, wie er im Sommer 1848 an Erdmann schrieb, bei den meisten Leitern der Berliner Nationalversammlung die nöthige politische Bildung; „die Plünderung des hiesigen Zeughauses, setzte er hinzu, von welcher ich Augenzeuge war, hat mir die Gewissheit verschafft, dass das Schlimmste zu fürchten ist, wenn das Ministerium nicht bald eine grössere Energie entwickelt“. In gleichem Sinn erklärte er Ruge, dass durch solche Volksbewegung die Gewalt provocirt

werde*). Er bedauerte diese Wirren in Berlin um so mehr, weil er von vornherein überzeugt war, dass „Deutschland seine Rettung nicht von Oesterreich oder Baiern oder Württemberg, sondern hauptsächlich von Preussen erwarten“**) müsse und weil er deshalb scharf tadelte, dass in Aeusserungen der öffentlichen Meinung von Süd- und Westdeutschland und im Frankfurter Parlament die Stimmungen des preussischen Volks und die Lage des preussischen Staats nicht die gebührende Berücksichtigung fanden.

Auch die Verwaltung des Unterrichtswesens wurde vielfach durch die politischen Aufregungen***) und Wechselfälle der Revolutionszeit gestört; Schulze beklagte, dass es in ihr für die Pflege grösserer wissenschaftlicher Unternehmungen an Musse und Mitteln fehlte. Andererseits musste es ihn mit Genugthuung erfüllen, dass jetzt manche Hemmnisse freier Entwicklung beseitigt, dass namentlich die Ausnahmegesetze von 1819 aufgehoben und demnach die Regierungsbevollmächtigten an den Universitäten auf den Wirkungskreis von Curatoren beschränkt wurden†). Bald nach seinem Gönner Eichhorn schied auch Eilers aus seiner Stellung, „und so kam, wie Schulze am 4. Mai 1848 an Ritschl schrieb, die Bearbeitung der auf die evangelisch-theologischen Facultäten bezüglichen Sachen wieder an mich, und ich werde, wie ich bis zum Jahre 1840 gethan habe, Sorge tragen, dass in den theologischen Facultäten jede wesentliche Richtung, die sich in der Theologie wissenschaftliche Geltung verschafft

*) S. Ruges Briefwechsel hsg. von Nerrlich II, 413.

**) So schrieb er am 2. April 1848 an seinen Schwager Karl Rössler, dem gegenüber er sich auch in einem von A. Duncker (Rückert und Schulze S. 65 f.) veröffentlichten Brief vom 28. Juli klagend und tadelnd über die in Frankfurt gefassten Beschlüsse aussprach.

***) Sie gaben auch Rückert, der aus verschiedenen Gründen schon lange gegen die preussische Hauptstadt verstimmt war, Anlass sich ganz aus dieser zurückzuziehen; Schulze hat in einem an Beyer (Nachgelassene Gedichte Rückerts S. 165 ff.) und von Duncker a. a. O. S. 70 ff. veröffentlichten Brief berichtet, wie das preussische Ministerium dafür eintrat, dass dabei dem Dichter wenigstens ein möglichst grosser Theil seines Gehalts belassen würde.

†) S. die betreffenden Verfügungen bei Rönne II, 409 f.

hat, auch genügend vertreten werde. Die wissenschaftliche Entwicklung der Theologie darf nicht länger von unseren evangelisch-theologischen Facultäten ignorirt werden“. Mehrfach ist bezeugt*), welche Freude es ihm bereitete, dass es 1848 gelang Richard Rothe für Preussen zu gewinnen: seine Berufung nach Bonn war eine der ersten Thaten der Verwaltung Ladenbergs.

Nach Eichhorns Sturz war zu seinem Nachfolger zunächst Graf Schwerin ernannt, der auf kirchlichen und politischen Versammlungen für eine freiere Entwicklung der staatlichen und kirchlichen Verhältnisse im Sinne seines Schwiegervaters Schleiermacher zu wirken sich bemüht hatte; aber unter seinem Ministerium konnte, von allem andern abgesehen, schon deshalb nichts von dauernder Bedeutung für die geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten geschaffen werden, weil es kaum ein Vierteljahr dauerte, und noch kürzer, nur wenige Tage, war dann mit deren Leitung Rodbertus betraut.

War Beider Ernennung zum Minister wesentlich mit Rücksicht auf ihre parlamentarische Thätigkeit erfolgt, so trat in Ladenberg, der nach ihnen im Juli zunächst commissarisch und dann im November 1848 definitiv das Cultusministerium übernahm, an dessen Spitze wieder ein Mitglied der alten preussischen Bureaucratie**). 1798 als Sohn des späteren Ministers Philipp von Ladenberg geboren, war er im Verwaltungsdienst bei mehreren Regierungen in verschiedenen preussischen Provinzen, zuletzt als Regierungspräsident in Trier thätig, bis er 1839 an Stelle von Nicolovius zum Director in Altensteins Ministerium ernannt wurde. Nach dessen Tode wurde ihm interimistisch die Leitung der Geschäfte übertragen; Friedrich Wilhelm IV., der glaubte, dass

*) Von H. W. Tod in dem Sonntagsbeiblatt der Tribüne vom 1. October 1882 und von dem Verfasser des Nekrologs auf Karl Schwarz (der unter Eichhorn suspendirt war, jetzt rehabilitirt und 1849 zum ausserordentlichen Professor ernannt wurde) in der Beilage zur Vossischen Zeitung vom 1. April 1885. Vgl. auch Nippold, Rothe II, 247 ff.

***) Vgl. über Ladenberg ausser der von Wippermann in der Allgemeinen Deutschen Biographie XVII, 499 ff. verzeichneten Literatur auch Mejers Mittheilungen in den Preussischen Jahrbüchern XL, 194. 197.

Ladenberg „alles gleich mittelmässig, aber ordentlich führen“ werde, setzte ihm dann Eichhorn vor, beließ aber auch den früheren Director in dieser Stellung, die er behauptete, bis er sie mit der des Chefs des Ministeriums vertauschte. Im Gegensatz gegen Eichhorn waren Schulze und er einverstanden; wesentlich verschieden aber waren Beide auch von einander. Doch legte der neue Minister grossen Werth auf den Rath des sachkundigen Referenten über die Universitäten, der unter ihm auch zum Director der Unterrichtsabtheilung bestellt wurde; ihm übertrug er auch die Ausarbeitung der Bestimmungen, die hinsichtlich der Universitäten in das durch die Verfassungsurkunde vom 5. December 1848 verheissene Unterrichtsgesetz aufgenommen werden sollten. Hierüber aber wollte der Minister zunächst die auf den Hochschulen selbst herrschenden Ansichten hören; nachdem schon 1848 die 6 Universitäten und die Akademie in Münster zu gutachtlichen Vorschlägen über die akademischen Einrichtungen aufgefordert waren, wurden 1849 Professoren dieser Anstalten und des Lyceum Hosianum in Braunsberg, die von ihren Collegen gewählt waren, zu einer Berathung über die wünschenswerthen Reformen in Verfassung und Verwaltung der Universitäten zusammenberufen. Eine Zusammenstellung der in den erwähnten Gutachten geäusserten Gedanken und Wünsche wurde ihnen schon vor ihrer Zusammenkunft mitgetheilt und dann am 24. September 1849 ihre Conferenz in Berlin im Senatssaal der Universität durch eine Rede von Schulze eröffnet, der von Ladenberg mit der Leitung der Verhandlungen beauftragt war.

„Nach der deutlich ausgesprochenen Absicht des Ministers, erklärte er hier zunächst, soll diese Versammlung keinen anderen Zweck haben und verfolgen als den, die mannigfaltigen Vorschläge, welche unter den stürmischen Bewegungen des vorigen verhängnissvollen Jahres auch in Bezug auf die Umgestaltung der Universitäten gemacht werden, Ihrer strengen gemeinsamen Prüfung zu unterwerfen und in dem Ergebnisse Ihrer Berathungen dem Herrn Minister für die Bestimmungen, welche hinsichtlich der Universitäten in das neue den Vertretern des preussischen Volks vorzulegende Unterrichtsgesetz

aufzunehmen sein möchten, einen wohlgeordneten Stoff zur weiteren freien Benutzung zuzuführen“. Indem aber Schulze die zu diesem Zweck einberufene Versammlung eröffnete, gab er zugleich seiner Auffassung von ihrer und der Aufgabe der preussischen Hochschulen und des preussischen Staats, gab er der Hoffnung Ausdruck, dass die heute begonnene Arbeit nicht bloss den preussischen, sondern auch den übrigen deutschen Universitäten frommen werde. „Zu dieser Hoffnung, sagte er, berechtigt mich der gegenwärtige im Ganzen befriedigende Zustand unsrer Hochschulen und der in ihnen vorwaltende Geist echter Wissenschaft, welcher von Selbstsucht fern auch in dem, was seinen nächsten Wirkungskreis betrifft, den Schein vom Wesen zu trennen und dem noch Lebenswürdigen auch Geltung und Dauer zu schaffen wissen wird. Sie, meine Herren, würdige Vertreter dieses Geistes können und werden keinen Vorschlägen das Wort reden, welche den gesunden Organismus unserer Hochschulen zu stören, seiner sinnvollen Gliederung Eintrag zu thun und seinen innigen Zusammenhang mit dem Leben im Staat aufzulösen oder auch nur zu lockern drohen. Vielmehr werden Sie für das beabsichtigte Unterrichtsgesetz nur zu solchen Bestimmungen rathen, welche den Universitäten die weitere freie Entfaltung ihres eigenthümlichen Wesens sichern, ihnen das Ausscheiden alles Fremdartigen, Krankhaften und Schädlichen wie das in sich Aufnehmen neuer befreundeter lebenskräftiger Elemente erleichtern und sie befähigen, im treuen Bunde mit der Regierung zur Lösung der Aufgabe mitzuwirken, welche die Vorsehung dem preussischen Staat in der Entwicklungsgeschichte des deutschen Volkes gestellt hat. Im Hinblick auf die bereits heimgegangenen Lehrer dieser Hochschule, welche — um Lebender nicht zu gedenken — sich um die Förderung der Wissenschaft, um Weckung und Verbreitung tugendhafter Gesinnung in nahen und entfernten Kreisen unvergängliches Verdienst erworben und in trüben Zeiten von dieser Stätte aus für die wahren Interessen der deutschen Universitäten männlich besonnen gekämpft haben, werden Sie, meine Herren, unter günstigeren Verhältnissen der Gegenwart für das neue Unterrichtsgesetz, insofern dasselbe

auch das Leben der Universitäten umfassen soll, nur solche Massregeln in Vorschlag bringen, welche mit der freien Bewegung, deren die Wissenschaft am wenigsten entbehren kann, mit dem Vertrauen, welches sie von der Regierung und diese von jener und ihren Lehrern erwarten muss, und endlich mit dem wohlverstandenen Bedürfnisse der deutschen studirenden Jugend in Einklang stehen. Solche von Ihnen ausgehende Vorschläge dürfen auf williges Gehör, auf angemessene Unterstützung von Seiten der Regierung um so zuversichtlicher rechnen, je aufrichtiger dieselbe die Wissenschaft und wahre wissenschaftliche Bildung achtet und je klarer und bestimmter sie sich bewusst ist, welche geistige Macht den Universitäten innewohnt und wie dringend der preussische Staat der Weckung, Stärkung und Verklärung aller seiner geistigen Kräfte bedarf, um demüthig die Opfer bringen, hochherzig die Unbilden und Gefahren bestehen zu können, welche sein Beruf, Vorkämpfer für Deutschlands Einheit und Deutschlands Ehre zu sein, in sich schliesst.“

Durch die Verhandlungen, die Schulze mit dieser Rede eröffnete, wurden die Hoffnungen nicht getäuscht, die er auf die Conferenz gesetzt hatte. Die Antworten, welche in ihr nach gründlichen Berathungen in Commissions- und Plenarsitzungen auf die 136 ihr vom Ministerium vorgelegten Fragen über die äussere und innere Organisation der Hochschulen beschlossen wurden, stimmten meist durchaus mit seinen Anschauungen überein. Es war ihm besonders willkommen, dass die Conferenz auch ferner die Beibringung eines auf einem Gymnasium ausgestellten Zeugnisses der Reife für unerlässlich bei der Immatriculation von Inländern erklärte, die sich dem Dienst des Staats oder der Kirche oder einem sonstigen die Universitätsbildung gesetzlich erfordernden Berufe widmen wollten, und sich in scharfen von Lachmann formulirten Sätzen gegen die Herabminderung der Forderungen an die Bildung der Schüler aussprach*), dass sie für Strenge bei den Doctorprüfungen und Beibehaltung des Tentamen

*) S. in dem von Schulze, Böckh und Lachmann redigirten officiellen Bericht über die „Verhandlungen der Conferenz zur Berathung von Reformen in der Verfassung und Verwaltung der preussischen

philosophicum der Mediciner eintrat, dass sie strenge Forderungen auch bei der Habilitation gestellt wissen und diese erst drei Jahre nach Vollendung des vorschriftsmässigen Trienniums resp. Quadrienniums gestatten wollte. Wie bei diesen Punkten schloss sich Schulze auch hinsichtlich anderer wichtiger Fragen den von der Versammlung getroffenen Entscheidungen an, als er den auf die Universitäten bezüglichen Abschnitt eines Entwurfs des Unterrichtsgesetzes ausarbeitete. Wie in der Conferenz beschlossen war, wurde auch hier an der Einrichtung von 4 resp. 5 Facultäten, eines Generalconcils und eines Senats festgehalten, eine sachgemäss beschränkte Mitwirkung in beiden letzteren Behörden und an der Wahl des Rectors den ausserordentlichen Professoren gewährt und gesetzlich ein Besoldungsminimum für die Professoren festgestellt, das Schulze für die Ordinarien auf 1000, für die Extraordinarien auf 600 Thaler fixirte. Auch hinsichtlich der Besetzung erledigter Professuren stimmte Schulzes Entwurf darin mit den Beschlüssen der Conferenz überein, dass das bisherige theils statuten-, theils observanzmässige Verfahren, wonach die Facultäten bei Vacanzen drei Candidaten dem Minister vorschlugen, abgeändert und statt dessen bestimmt wurde, die betreffende Facultät solle in Gemeinschaft mit dem Senat einen oder mehrere Candidaten vorschlagen. Auch die Conferenz hatte dabei den von der Königsberger Universität gestellten Antrag abgelehnt, den Minister an das Gutachten der akademischen Behörden zu binden, es vielmehr für nothwendig gehalten, ihm die Freiheit der Wahl und damit die Verantwortlichkeit für sie zu wahren, und eine Beschränkung von ihm nur dann gewünscht, wenn Facultät und Senat den Gewählten für wissenschaftlich ungeeignet zur Befriedigung des eben vorliegenden Bedürfnisses der Universität erklärten*); von einer solchen Be-

Universitäten (December 1849. Berlin)“ S. 36 f. 195 ff. und Hertz, Lachmann 77 ff.

*) S. den in vor. Anm. citirten Bericht über die Verhandlungen S. 12, 58 ff. 160 ff. Vgl. die früheren gutachtlichen Vorschläge der Universitäten in der oben S. 281 erwähnten Publication über die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Unterrichtswesens S. 157 ff.

schränkung aber sah Schulze bei seinen Vorschlägen ab. Eingehend war in der Versammlung die Frage erörtert, ob die Vertretung des Staats durch eine besondere Behörde bei den Universitäten nothwendig sei*); sie war von der Conferenz verneint, nachdem namentlich Böckh sich auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen entschieden gegen Anstellung eines Curators ausgesprochen hatte; Schulze vermied in diesem Punkt eine principielle Entscheidung und suchte den verschiedenen hinsichtlich seiner hervorgetretenen Ansichten gerecht zu werden, indem § 19 seines Entwurfs bestimmte, zur Vertretung des Ministers und zur unmittelbaren Leitung der ökonomischen und Kassenverwaltung der Universitäten könne denselben ein Curator vorgesetzt werden, § 20 aber für die Universitäten, bei denen dies nicht geschähe, die Einrichtung eines aus drei Mitgliedern zusammensetzenden Verwaltungsraths zur Verwaltung des Vermögens und zur Ueberwachung des Kassen- und Bauwesens anordnete. Gegen die Einsetzung eines solchen Verwaltungsraths wurde im Ministerium Einspruch erhoben, als hier Schulze seinen Entwurf vorlegte, und die Bestellung von Curatoren für die Universitäten allgemein angeordnet; auch nach den hier beschlossenen Bestimmungen sollten, wie von der Conferenz und von Schulze vorgeschlagen war, die für die Universitäten aufzustellenden Verwaltungsetats vor ihrer Einreichung an den Minister dem Senat mitgetheilt und dieser und die Facultäten in geeigneter Weise von den finanziellen Verhältnissen der Universität unterrichtet werden. Auch bei anderen Punkten wurden mehrfach im Ministerium Schulzes Vorschläge abgeändert**); besonders beklagte er, dass die von ihm bean-

*) S. Verhandlungen S. 1 ff., 46 ff., 147 ff. Gesetzgebung S. 155 ff.

**) Gleich in dem ersten Paragraphen, in dem Schulze als die unmittelbare Aufgabe der Universitäten bezeichnet hatte, durch freie Lehre der Wissenschaft wissenschaftliche Bildung zu gewähren und fortzupflanzen, wurden in dem Ministerium die von mir gesperrt gedruckten Worte gestrichen und danach auch in dem zweiten Satz desselben Paragraphen Aenderungen von nicht nur formaler Bedeutung vorgenommen; in seiner letzten Zeile ist natürlich statt der in der Publication über die Gesetzgebung des Unterrichtswesens S. 178 gedruckten Worte: der Pflanzschulen zu lesen: die Pflanzschulen.

tragte gesetzliche Feststellung eines Besoldungsminimums für die Professoren abgelehnt wurde. Aber auch alle die Bestimmungen, die nach seinen Vorschlägen im Ministerium angenommen wurden, erlangten keine praktische Bedeutung; noch ehe Ladenberg seine Absicht ausführen und seinen Entwurf eines Unterrichtsgesetzes den Kammern vorlegen konnte, sah er sich durch seine „Auffassung von Preussens Ehre und Wohl“ nach Manteuffels Verhandlungen in Olmütz im December 1850 zum Rücktritt genöthigt und sein Nachfolger Karl Otto von Raumer erklärte 1852*) in der zweiten Kammer, dass ihm eine baldige Einbringung des Unterrichtsgesetzes nicht rathsam erscheine.

Wenn er Bedenken gegen sie äusserte, so wurden solche auch von Schulze getheilt. Nur zu bald, fürchtete dieser, könne ein Gesetz „die nachtheiligsten Folgen für die nothwendig freie Bewegung auf diesem Gebiet herbeiführen“**). Schon 1851 sprach sich ihm gegenüber auch Graffunder gegen ein Gesetz aus, das „entweder Unausführbarkeiten enthalten oder überflüssig sein“ werde. Für nöthig hielt er „nicht ein Gesetz, sondern Geld“ und wollte, wenn ein Gesetz gemacht werden müsse, weil es verheissen sei, dies „auf das beschränkt sehen, was man sonst Schulpolizei nannte“***). Er und Schulze waren mit Raumer darin einverstanden, dass besonders dringenden Bedürfnissen der Schulen durch Erlass eines allgemeinen Unterrichtsgesetzes nicht abzuhelfen, dass für sie mehr auf dem Wege der Verwaltung zu leisten sei. Aber um so schmerzlicher empfanden sie eben desshalb, dass in der Zeit des Ministeriums Raumer kirchliche und politische Parteibestrebungen einen für freie wissenschaftliche Bildung bedenklichen Einfluss auf die Unterrichtsverwaltung übten. Mit Besorgniss sah Schulze namentlich, welche Förderung den Ultramontanen wie durch die Revolution von 1848, nun auch durch die Reaction zu Theil wurde.

*) Am 26. Februar. S. Stenographische Berichte S. 493 ff.

***) S. seinen Brief an Ritschl vom 3. Februar 1860 bei Ribbeck II, 538.

****) So äusserte er sich Schulze gegenüber in Briefen vom 8. Februar und 14. Juni 1851.

Schon im April 1848 hatte ihm Haase aus Breslau geschrieben, dass die klerikal-hierarchische Partei sich bemühe „die Freiheit zu ihrem Vortheil zu exploitiren“; Briefe von ihm aus den folgenden Jahren berichteten weiter über ihre „grossen und erfolgreichen Anstrengungen“, und beklagten, dass sie durch die „Fachbornirtheit der Naturforscher“ unterstützt würden, welche die Forderungen allgemeiner Bildung abschwächten. Anschaulich schilderte Löbell in einem Brief, den er im Sommer 1849 an Schulze richtete, wie in der Rheinprovinz der Boden durch die ultramontane Partei unterwühlt und durch sie auch den evangelischen Professoren in Bonn ihre Stellung erschwert werde. Sie erlaubt sich zwar selbst, schrieb er, „stete Angriffe auf den Protestantismus, dass aber der evangelische Lehrer nicht bloss unparteiisch sei, sondern fast apologetisch für den Katholicismus auftrete, das verlangt sie, wenn sie den Ihrigen (und sie hat Macht) nicht den Besuch seines Hörsaals verbieten soll. Dies verbindet sich jetzt in schlimmer Weise mit der politischen Aufgeregtheit, und wenn auch wohl nur wenige Genossen dieser Partei so weit gehen wie in Coblenz einige Leute, welche sonst voll vom Stabilitätsprincip im Sinn der Jesuiten, sich jetzt nicht entblöden in giftigen Artikeln der Rhein- und Mosel-Zeitung sogar mit der rothen Republik zu liebäugeln, um nur dem Protestantismus und Preussen Streiche zu versetzen, so fördern und erhalten sie doch Misstrauen gegen ein protestantisches Reichsoberhaupt und stellen ein wo nicht materielles doch geistiges Anschliessen an Oesterreich als ein grosses Heil hin“.

Erfahrungen dieser Art aber hinderten den preussischen König nicht an weiterem Entgegenkommen gegen die Ultramontanen, die er als Bundesgenossen gegen die Revolution betrachtete; hatten sie mit Freuden die Niederlage der Bestrebungen für Deutschlands Einheit unter Preussens Führung begrüsst, so sahen sie sich weiter durch die innere Politik der preussischen Regierung gefördert. Vergebens wies 1852 der preussische Gesandte am Bundestag darauf hin, dass mit der ultramontanen Partei kein sicherer Bund zu flechten sei, da sie jede Concession nur als eine aufmunternde Abschlags-

zahlung annehmen werde*). Bald darauf wurde eine ihr willkommene von Schulze besonders beklagte Aenderung an den Universitäten vorgenommen. Wie erwähnt, war bei der Gründung der Bonner Hochschule bestimmt, dass in der philosophischen Facultät immer ein ordentlicher Professor der Philosophie von katholischer Confession neben einem solchen von evangelischer Confession angesetzt, ausserdem aber in keiner Facultät, die beiden theologischen ausgenommen, auf die Confession der anzustellenden Lehrer Rücksicht genommen werden sollte; eine ähnliche Bestimmung war schon früher für Breslau getroffen; der namentlich von Schmedding befürwortete Gedanke, auch für die Geschichte die Bestellung eines katholischen und eines evangelischen Professors anzuordnen, war aufgegeben**). Jetzt aber kam man von katholischer Seite auf ihn zurück und namentlich durch die Bemühungen der katholischen Bischöfe wurde eine Cabinetsordre vom 26. September 1853 durchgesetzt, nach welcher in Bonn und Breslau die Geschichte wie Philosophie und Kirchenrecht stets durch einen katholischen und einen evangelischen Professor vertreten werden sollte. Schulze hatte lebhaftere Vorstellungen gegen den Erlass einer solchen Verfügung gemacht; er war und blieb der Ansicht, dass wie die anderen Lehrfächer der philosophischen Facultät auch die Geschichte nicht einer bestimmten Confession eigne, dass auch für ihren Lehrstuhl nur der anerkannt Tüchtigste, möge er Katholik oder Protestant, Lutheraner oder Calvinist sein, gewählt werden müsse. Er fürchtete, dass, wenn man hier den Standpunkt aufgebe, nur die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit in Betracht zu ziehen, weitere bedenkliche Massregeln nicht ausbleiben würden, und in der That musste er erleben, dass, als er in der principiellen Frage hatte nachgeben müssen und nunmehr wenigstens wissenschaftlich tüchtige Katholiken für die neuen Lehrstühle zu gewinnen suchte, Raumer für den ersten von Schulze vorgeschlagenen Candidaten, obgleich auch

*) S. Bismarcks Brief an Manteuffel vom 8. December 1852 in Poschingers Ausgabe in den Publicationen aus den preussischen Staatsarchiven XXIII, 131.

***) Vgl. Röpell, Stiftung der Universität Breslau S. 20.

er seine Begabung anerkannte, sich nicht zu entscheiden wagte, weil ein katholischer Rath ein Buch des Betreffenden für akatholisch erklärte. „Und dabei, schrieb Schulze*), bewilligt man keine neue Fonds, um zwei Professoren der Geschichte d. h. einen Katholiken und einen Protestanten anständig besolden zu können“. Auch der Minister konnte sich das Gewicht der Gründe nicht verhehlen, mit denen sein vortragender Rath die neue Anordnung vor und nach ihrem Erlass bekämpfte; in vertraulichem Gespräch suchte er ihn, wie Schulze berichtet, „dadurch zu trösten, dass er mich aufforderte, Gott dafür zu danken, dass er nicht noch mehr habe nachgeben müssen“.

So sehr er in diesen und anderen Fragen das Verfahren seines Chefs beklagte, so glaubte Schulze doch behaupten zu dürfen, dass Raumer „mit Klarheit und Festigkeit auf dem Boden des Protestantismus stand, wie es einem guten Pommern geziemt“; aber eben bei diesen seinen pommerschen Traditionen fehlte es ihm an Kenntniss und Verständniss der katholischen Verhältnisse und auch auf deren Behandlung übte einen verhängnissvollen Einfluss seine und seines Königs Auffassung der ihnen nach den Erschütterungen der Revolution obliegenden Aufgabe, das Ansehen der historischen Autoritäten wiederherzustellen. In einer Vertheidigungsschrift für Raumer**) wird als der Gedanke seiner Verwaltung das Streben bezeichnet, „unter Festhalten an den positiven Grundgedanken der Reformation die gewaltigen Mächte der Autorität, Zucht und Erhaltung, welche der Katholicismus birgt, für den Staat und seine Aufgaben fruchtbar zu machen und sie als Correctiv und Gegengewicht zu

*) Am 3. März 1855 an Götting. Noch ausführlicher begründete Schulze seinen Tadel der Massregel in verschiedenen Briefen an Ritschl vom 27. Juli 1856, 9. Dec. 1858 und 15. Jan. 1861, auf denen die oben gegebene Darstellung beruht.

**) In den anonym von Bindewald zuerst in der Kreuzzeitung und dann mit Erweiterungen 1860 in Berlin bei Hertz veröffentlichten Aufsätzen: „Der Staatsminister von Raumer und seine Verwaltung des Ministeriums“, gegen die dann lebhaft Eilers in einem ausführlichen Schlusswort zum VI. Bande seiner Selbstbiographie polemisiert hat.

fassen gegen die dissoluten, vorlauten und zersetzenden Elemente des preussischen Wesens, die in der negativen Seite des Protestantismus unablässig Schutz und Halt suchen“. Deshalb begegnete der Minister der katholischen Kirche mit ausgesprochenem Wohlwollen; „mehr empfänglich für fertige und abgeschlossene Gestaltungen als für flüssige noch nach Form und Ausdruck ringende Erscheinungen, wie ihn sein Verehrer charakterisirt, konnte er ihrem festen Lehrinhalt, ihrer starken und ausgebildeten Verfassung, ihrer straffen Disciplin seine Anerkennung nicht versagen“. Hiernach ist es zugleich begreiflich, dass er auch hinsichtlich der evangelisch-theologischen Facultäten nicht auf Schulzes Ansicht hörte; wie er diesem selbst erklärte, erkor er vielmehr für sie Hengstenberg zu seinem Rathgeber und förderte dadurch an den preussischen Universitäten und in der evangelischen Kirche Personen und Verhältnisse, gegen die öffentlich aufzutreten auch Friedrich Wilhelms IV. alter Freund Bunsen sich verpflichtet fühlte.

Dass durch die kirchliche und politische Reaction in Preussen sein Ansehen in Deutschland geschädigt wurde, empfand auch Schulze besonders schmerzlich; mit Bedauern sah er auf manche unter ihrem Einfluss beschlossene Massregeln, sah er in Folge dieser Verhältnisse auch Max Duncker aus Preussen nach Süddeutschland ziehen, in dessen Thätigkeit in Halle er wohl ein geeignetes Gegengewicht gegen die Leos erblickt*), dessen philosophische und philologisch-historische Bildung, dessen „tüchtige und gesunde“ Persönlichkeit er schon 1845 in einem Brief an Götting warm gerühmt hatte. Kaum liess sich damals schon ganz ermessen, wie werthvoll es für die weitere Entwicklung, für die neue politische Erhebung des deutschen Volkes werden sollte, dass nun gerade an ausserpreussischen Universitäten Duncker und sein Freund Droysen, für den Schulze ebenfalls sich lebhaft interessirte und den er gern wieder für

*) Eben deshalb ist von Nasemann im IV. Bande des XLV. Jhrgs. der Grenzboten S. 362 f. vermuthet, dass Schulze Duncker zur Habilitation in Halle veranlasst habe; vgl. auch Brode in dem IX. Jhrg. des Biographischen Jahrbuchs für Alterthumskunde S. 154.

Preussen gewonnen hätte, und andere hervorragende Gesinnungsgenossen von ihnen eine richtigere Auffassung von Preussens und Deutschlands Geschichte und Aufgaben verbreiteten, den Samen einer besseren historischen und politischen Bildung austreuten; mit Theilnahme mussten doch auch Schulze besonders die Bemühungen König Max II. von Baiern für die Erfrischung des wissenschaftlichen Lebens in seinem Lande und namentlich für die Pflege der geschichtlichen Studien erfüllen. Freilich äusserte er*), dass es in Baiern besonders schwer sein dürfte, solche Bestrebungen durchzuführen wegen der Macht, die dort der Ultramontanismus besitze; doch, setzte er hinzu, solle man jedes Bestreben, der Wissenschaft neue Plätze zu erobern, gut heissen. Vor allem aber hielt er natürlich sich verpflichtet, für ihre Interessen weiter in Preussen zu sorgen; die grösste Freude bereiteten ihm die Erfolge, die er auch in diesen Jahren errang, bereitete ihm namentlich der Gewinn drei hervorragender Vertreter der Alterthumswissenschaft, der dem preussischen Staate durch seinen eifrigsten und lautesten Gegner erleichtert wurde. Wie die Denkwürdigkeiten des Herrn von Beust beweisen, ist auch nachträglich ihm nicht zum Bewusstsein gekommen, welchen Schaden er der von ihm vertretenen Sache zufügte und welchen Dienst er wider seinen Willen den gehassten Preussen leistete, indem er 1851 Haupt, Jahn und Mommsen aus ihrer Wirksamkeit an der Leipziger Universität vertrieb. Kurz zuvor war in Berlin Lachmann gestorben; unter allen Sachkundigen war kein Zweifel darüber, dass zu seinem Nachfolger Niemand in gleicher Weise geeignet sei wie Haupt; in der Ueberzeugung, dass an ihm die Berliner Hochschule „sowohl für das Lateinische als auch für das Deutsche den tüchtigsten Gelehrten und den gewissenhaftesten Lehrer und zugleich einen Mann von würdigem Charakter“ erlangen werde, trat Schulze**) manchen Schwierigkeiten gegenüber für seine

*) In seinem Gespräch mit Bursian und Tod, über das Letzterer im Sonntagsbeiblatt der Tribüne vom 1. October 1882 berichtet hat.

**) In den angeführten Worten sprach er sich über Haupt in einem Brief an Götting vom 1. August 1852 aus.

Berufung ein und setzte 1853 sie wirklich durch. Und im folgenden Jahr gelang ihm auch Jahn und Mommsen für Preussen, diesen zunächst für Breslau, jenen für Bonn zu gewinnen; Beide dankten ihm besonders für die Art, in welcher ihre Angelegenheit behandelt sei. Jahn hatte alte Beziehungen zu Schulze und ihn früher auch auf die Arbeiten seiner Freunde Haupt und Mommsen ausdrücklich hingewiesen; als dann aber seine eigene Berufung in Frage kam, hatte er lange Schulze gegenüber geschwiegen, weil er auch den Schein vermeiden wollte in ihn zu dringen. Jetzt aber, nachdem die Entscheidung gefallen war, dankte er ihm herzlich*) „nicht allein für die Abwehr der Noth, sondern für das Zeugniß des Vertrauens und der Zuneigung“, das er in Schulzes Eintreten für ihn erblickte. „Eine besondere stille Freude, setzte er hinzu, war es mir, dass ich nicht als Archäolog, sondern als Philolog und Archäolog berufen bin, weil ich überzeugt bin und immer mit grossem Eifer gelehrt habe, dass es keine Soloarchäologie gibt und wer sich ausschliesslich mit der alten Kunst beschäftigt, zum Dilettantismus herunterkommen wird“.

Dass „alle Schwierigkeiten und Bedenken, welche sich der Berufung dieser drei Gelehrten ersten Ranges entgegenstellten, unverdrossen und muthig“ durch Raumer bekämpft und überwunden wurden, hat Schulze als ein grosses Verdienst von ihm nachdrücklich hervorgehoben, und nicht allein in diesem Falle zeigte sich, dass trotz aller Verschiedenheit ihrer Auffassung Beide auch in vielen wichtigen Punkten einverstanden waren und gern und erfolgreich mit einander arbeiteten. Sie hatten sich, wie Schulze bald nach des Ministers Tod an Ritschl schrieb**), zuerst auf dem Gymnasium in Stettin gesehen, „wo ich ihm, dem Tertianer, durch mein Kopfschütteln bei fehlerhaftem Lesen seiner Mitschüler Furcht eingeflösst hatte“; von dort war Raumer „mit einer gründlichen Vorbildung im Griechischen und namentlich im Lateinischen abgegangen und hat sein ganzes Leben hindurch

*) Am 23. Nov. 1854. •

**) Am 3. Februar 1860 bei Ribbeck II, 539.

eine Vorliebe für die classische Philologie bewahrt und noch seine letzten Mussestunden der Beschäftigung mit griechischen und römischen Schriftstellern zugewandt“. Es war ihm zweifellos, dass der Jugend auf den Gymnasien „eine tüchtige wissenschaftliche Ausbildung besonders durch Einführung in das classische Alterthum“ zu geben sei; ausdrücklich hob er hervor, nur Beschränktheit könne behaupten wollen, dass dies ihrer Erziehung zu gottesfürchtigen Menschen hinderlich sei, als er 1852 in das Ministerium einen neuen Referenten für die Gymnasien in der Person Wieses*) einführte. Schulze bedauerte, dass dieser an die Stelle seines alten Freundes Kortüm trat; aber so vielfach seine Anschauungen von denen Raumers und Wieses abwichen, gern erkannte er des Ministers eifriges Streben an, die humanistische Bildung zu schützen, die classisch-philologischen Studien auf den Universitäten zu pflegen und bei der Besetzung der Professuren in diesen und andern Fächern die wissenschaftlichen Leistungen der Candidaten und die Urtheile der Sachkenner besonders zu berücksichtigen. Wurde Raumer, wie erwähnt, durch seine und seines Königs kirchliche und kirchenpolitische Anschauungen zu manchen von Schulze beklagten Massregeln bestimmt, so folgte er dagegen, wo solche Interessen nicht in Frage kamen, gern dem Urtheil des Rathes, dessen genaue Bekanntschaft mit allen sachlichen und persönlichen Verhältnissen seines Decernats, dessen Fleiss und Geschäftsgewandtheit ihm Achtung und Sympathie einflössten. Er liess es sich gefallen, dass dieser rückhaltlos oft eine von der seinen abweichende Ansicht aussprach; er war ihm dankbar für die werthvolle Unterstützung bei der Unterrichtsverwaltung, die er wieder in sichere Bahnen leiten wollte, bei der Erfüllung der schweren hier ihm obliegenden Pflichten, denen er mit strenger Gewissenhaftigkeit gerecht zu werden strebte. „Verglichen mit Eichhorn, sagt Wiese von ihm**), ging er überaus nüchtern und mit einer Vorsicht zu Werke, die sich nirgends des Vorwurfs schuldig machen wollte, den

*) Vgl. dessen Lebenserinnerungen I, 165.

**) Ebenda S. 178.

zweiten Schritt vor dem ersten gethan zu haben“: er besass nicht „den stürmischen Werdedrang zu neuen noch nicht gereiften Schöpfungen“, von dem Eichhorn wie sein König in den Anfängen seiner Regierung beseelt war. In ihrer zweiten Hälfte griff auch dieser persönlich seltener in die Unterrichtsverwaltung ein und störte dadurch weniger die Kreise der Geheimen Rätthe, welche naturgemäss die alten Traditionen und die aus der Kenntniss des Details hervorgehenden Erwägungen vertraten. Auf sie Rücksicht zu nehmen war Raumer von vornherein geneigt; durch seine Sorgfalt und seine Genauigkeit bei der Behandlung der Geschäfte, die Knappheit und Präcision seiner Verfügungen erleichterte er seinen Beamten die Arbeit; ausdrücklich hat Schulze dankbar anerkannt, dass in Folge dessen ihm namentlich seine Thätigkeit als Director der Unterrichtsabtheilung weniger lästig geworden sei*). Mit einem solchen Vorgesetzten zusammen zu arbeiten war ihm trotz aller Differenzen, die sie trennten, eine Freude: er sah sich geachtet und die ihm warm am Herzen liegenden Interessen vielfach gefördert. Unter Eichhorn war eine grosse Zahl ausserordentlicher Professoren namentlich in Berlin angestellt, deren Wirken nach Schulzes Urtheil weder der Universität noch der Wissenschaft grossen Gewinn brachte. „Je länger, je mehr, schrieb er 1852 an Götting, komme ich zu der Ueberzeugung, dass für das Gedeihen der Universitäten die Ernennung ausserordentlicher Professoren nur in höchst seltenen Fällen rätlich und nothwendig ist. Ordentliche Professoren und neben ihnen Privatdocenten reichen aus; den letzteren kann man,

*) Drückend hatte er namentlich unter Ladenberg die Fülle von Geschäften gefunden, welche das neue Amt ihm brachte; er war dadurch zu seinem Bedauern auch genöthigt, aus dem Vorstande der Lúisenstiftung auszuschcheiden, für die er und seine Frau sich lebhaft interessirt hatten, da ihm keine Zeit mehr blieb, sie, wie er bisher gethan, wöchentlich zu besuchen und sich persönlich über ihre Verhältnisse zu unterrichten; zu seiner Freude entschloss sich sein Freund Kortüm, an seiner Stelle in den Vorstand einzutreten und führte eine schon von Schulze gewünschte Reform hinsichtlich des Religionsunterrichts durch; vgl. über seine Verdienste um die Stiftung die schon S. 411 citirte Gedenkschrift S. 90.

wenn sie sich als Gelehrte und als Lehrer bewährt haben, durch ausserordentliche Bewilligung zu Hülfe kommen. Bei Erledigung von ordentlichen Professuren muss der Tüchtigste in ganz Deutschland ausgewählt und kein Aufwand, um ihn zu gewinnen, geschont werden. Mitleidige Rücksichten gegen diesen oder jenen ausserordentlichen vieljährigen Professor dürfen nicht stattfinden, wenn die Mittelmässigkeit nicht an die Stelle der Trefflichkeit treten und den Ruin der Universitäten herbeiführen soll“. Er war erfreut, dass Raumer diese Anschauungen theilte; während seiner Verwaltung sind demgemäss nur zwei Privatdocenten der Berliner philosophischen Facultät, Albrecht Weber und Rudolf Köpke zu ausserordentlichen Professoren ernannt, dagegen manche hervorragende Gelehrte von ausserpreussischen Universitäten auf erledigte ordentliche Lehrstühle der preussischen Hochschulen berufen*).

*) Sehr begreiflicher Weise sind die Verdienste, die Raumer sich um die Universitäten erworben hat, weniger beachtet als der Schade, der auch ihnen durch seine kirchlich reactionäre Richtung zugefügt ist; ungünstig hat wohl auf seine Beurtheilung auch sein schlechtes Verhältniss zu Alexander von Humboldt eingewirkt, auf das Dove (Humboldt II, 323 ff. 349) hingewiesen und das auch Schulze ausdrücklich hervorgehoben hat. Dagegen wirkten dieser und Humboldt in bestem Einvernehmen fortdauernd zusammen zu Gunsten der Wissenschaft, ihrer Anstalten und Vertreter; ihren vereinten Bemühungen ist es in der Zeit des Ministeriums Ladenberg gelungen, eine der Pflege der Mathematik in Preussen drohende Gefahr abzuwenden. Für diese war von grosser Bedeutung, dass Jacobi ein dauernder Aufenthalt in Berlin durch einen vom König gewährten Zuschuss zu seiner Besoldung ermöglicht war; dieser sollte ihm wegen seiner Betheiligung an den Bewegungen von 1848 entzogen werden, und darauf beeilte sich, wie Schulze erzählt, „der österreichische Gesandte von Prokesch-Osten, dessen äusserst feindselige Gesinnung gegen Preussen mir durch einen seiner Vertrauten bekannt geworden war, zu bewirken, dass Jacobi mit einem Gehalt von 5000 Gulden als ordentliches Mitglied an die Akademie der Wissenschaften nach Wien berufen ward“; nur durch Humboldts und Schulzes eindringliche Vorstellungen wurde durchgesetzt, dass nicht nur der Zuschuss weiter Jacobi zugesichert, sondern auch der auf ihn bezüglichen Cabinetsordre nach mehrfacher Umgestaltung endlich eine Form gegeben wurde, auf die hin er den Ruf nach Oesterreich ablehnte und Preussen erhalten blieb. Wie Humboldt bei seinen Bemühungen für den unglücklichen Mathematiker Eisenstein

Auch für ein wichtiges wissenschaftliches Institut, für die Berliner Königliche Bibliothek hat Schulze in diesen Jahren sich mit Eifer und nicht ohne Erfolg bemüht. Als den grössten Gewinn für sie betrachtete auch er, dass 1850 nach langen Verhandlungen die grossen Sammlungen Meusebachs angekauft wurden. Aus der eingehenden Darstellung, welche neuerdings Wendeler*) über die Geschichte dieser hochbedeutsamen Erwerbung veröffentlicht hat, ist zu ersehen, wie schon bald nach dem Tode seines alten Coblenzer Freundes Schulze diese Angelegenheit seinem Chef, damals noch Eichhorn, ans Herz gelegt und sie dann weiter unablässig betrieben hat, bis endlich in den letzten Tagen der Verwaltung Ladenbergs der Abschluss des Vertrags zwischen dem Staat und Frau von Meusebach erzielt wurde. Grosse Schwierigkeiten waren dadurch veranlasst, dass das Finanzministerium sich in den bewegten Jahren 1848—50 doppelt vorsichtig bei der Bewilligung von Mitteln für solche Zwecke zeigte; Schulze beklagte gerade nach dem glücklich vollzogenen Ankauf der Meusebachschen Sammlung um so mehr, dass aus ähnlichen Gründen die von ihm dringend befürwortete Anstellung einer hinreichenden Zahl von Custoden nicht durchzusetzen war. Er war auch nicht einverstanden mit manchen Massnahmen von Pertz, der durch Eichhorn an die Spitze der Bibliothek gestellt war; besonders aber bekümmerte ihn, dass „das nächste und dringendste Bedürfniss für sie“ nicht befriedigt, „ein neues ihrer grossartigen Bestimmung in allen Beziehungen entsprechendes monumentales Gebäude, wie es schon von Schinkel entworfen war“, nicht ausgeführt wurde. Hierunter litt auch das kartographische Institut, für dessen Begründung Schulze sich ebenfalls lebhaft interessirt hatte. Auch hier handelte es sich darum, die werthvolle Sammlung eines alten Coblenzer Freundes von ihm allgemein nutzbar zu machen. Wilhelm von Scharnhorst hatte durch langjährige einsichtige Bemühungen während seines vielbewegten

sich bitter über das Ministerium, aber dankbar für Schulzes „immer zu wohlthätiger Hülfe geneigten Willen“ aussprach, ist bei Dove a. a. O. II, 342 ff. zu lesen.

*) Im Centralblatt für Bibliothekswesen I, 213 ff.

Lebens über 35 000 Kartenblätter für alle Räume der Erde aus allen Zeiten in 18 verschiedenen Sprachen zusammenzubringen gewusst; kein Geringerer als Karl Ritter wies nachdrücklich darauf hin, wie wichtig für alle Zweige der historisch-politischen und der naturhistorisch-geographischen Wissenschaften diese „in ihrer Art einzige Sammlung“*) werden könnte, wenn sie durch den Staat erworben und zweckmässig ergänzt und verwaltet würde. Die Einholung eines ausführlichen Gutachtens von Ritter war durch Schulze veranlasst, nachdem der König selbst das Ministerium zu Vorschlägen über diese Angelegenheit aufgefordert hatte; er erklärte sich zum Ankauf der Sammlung auch deshalb geneigt, weil sich hier eine Gelegenheit darbot, der Scharnhorstschen Familie eine Erkenntlichkeit zu beweisen, der eine Dotation, wie sie andere Helden der Befreiungskriege erhalten hatten, nie zu Theil geworden. Nach der übereinstimmenden Schätzung Ritters und einer Commission militärischer Sachverständiger wurde darauf die Sammlung für 30 000 Thaler vom Staat erworben; auch die weiteren Vorschläge Ritters hinsichtlich ihrer Verwaltung wurden von Schulze und Raumer eifrig befürwortet und demnach 1856 ein kartographisches Institut begründet. Dankbar erkannte Schulze Friedrich Wilhelms IV. persönliches Interesse für diese neue Stiftung an; lebhaft beklagte er die Schwierigkeiten, welche auch ihr das Finanzministerium bereitete, und die ungenügende Aufstellung, die sie in der Königlichen Bibliothek fand.

Nicht alle seine Wünsche sah Schulze so erfüllt; mancherlei, was geschah und nicht geschah, gab ihm zu Klagen Anlass; aber auch manchen werthvollen Erfolg errang seine unermüdliche Thätigkeit auch unter den vielfach ungünstigen Verhältnissen dieser Jahre. Dass er „zu allen Zeiten und unter allen Umständen die Freiheit der Forschung geehrt und gefördert, in den mannigfachsten Bestrebungen wissenschaft-

*) So bezeichnete er sie in seinem Brief an Hausmann, in dem er seine Freude über den Ankauf der Sammlung ausspricht, bei Kramer II, 62.

licher Thätigkeit das Streben nach Wahrheit erkannt und belebt hat“, dafür dankte ihm die Bonner philosophische Facultät, als sie wie die anderen gelehrten Körperschaften des preussischen Staats 1858 ihm ihre warmen Glückwünsche zu seinem fünfzigjährigen Amtsjubiläum aussprach*). Er hatte bei diesem so wenig als bei seinem fünfzigjährigen Doctorjubiläum im Jahre zuvor eine Feier gewünscht; um solcher auszuweichen, war er im Sommer 1858 in das bairische Gebirge gereist, um dort, wie er selbst schreibt, „in stiller Zurückgezogenheit mir die Leiden und Freuden meines Lebens und die vielen und reichen Segnungen, welche nach höherer Fügung und oft ohne mein Verdienst mir zu Theil geworden, dankbar zu vergegenwärtigen“. Bei seiner Heimkehr aber fühlte er sich tief und freudig bewegt durch die vielen unzweideutigen Zeichen der Anerkennung und Theilnahme, mit welchen man ihn aus der Nähe und Ferne geehrt hatte. Die Akademie der Wissenschaften in Berlin und die Central-direction des archäologischen Instituts, die Leipziger und alle preussischen Universitäten, die Berliner und andre Gymnasien, die Räthe und Beamten des Ministeriums und viele Provinzialschulcollegien, die Erfurter Akademie gemeinnütziger Wissenschaften und die Teubnersche Buchhandlung hatten Adressen gesandt, in denen Schulzes Verdienste eingehend gewürdigt waren; wissenschaftliche Arbeiten waren ihm u. a. von Albrecht Weber und Wilhelm Dindorf gewidmet; von der Leopoldinischen Akademie war er zum Mitglied, von der juristischen Facultät der Universität Halle, deren theologische Facultät ihm schon 1830 ihre höchsten Würden verliehen hatte, zum Doctor ernannt. Auch in Weimar war dankbar seiner dort vor 50 Jahren begonnenen Thätigkeit gedacht, und wie von dem dortigen Grossherzog war auch von höchster Stelle in Preussen ihm eine Auszeichnung zuerkannt.

In der Art, in der Schulze bei Titel- und Ordensverleihungen behandelt wurde, spiegelt sich der Wechsel

*) In einem von dem damaligen Dekan Otto Jahn unterzeichneten Schreiben, das wie die anderen Adressen zu Schulzes Jubiläum von Ascherson in der II. Abtheilung des LXXX. Bandes der Neuen Jahrbücher für Philol. und Pädag. S. 84 ff. veröffentlicht ist.

der Stimmungen massgebender Kreise ab; desshalb ist auch ein Blick auf sie nicht ganz ohne Interesse. Während der ersten Hälfte der Regierung Friedrich Wilhelms IV. sah er sich auch in dieser Beziehung zurückgesetzt, in der Zeit des Ministeriums Raumer wurde er dagegen 1852 zum Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath mit dem Rang eines Rathes erster Klasse ernannt und 1857 durch Verleihung des Sterns zum rothen Adlerorden zweiter Klasse und eine Ansprache des Königs beim Ordensfest geehrt, der dabei besonders freundlich auf seine früheren Verhältnisse und namentlich seine Beziehungen zu Dalberg einging. Jetzt theilte ihm sein Minister mit, dass ihm der Stern in Brillanten verliehen sei, in einem eigenhändigen Schreiben, in dem er seinen persönlichen Dank dem Manne aussprach, „der mir mit seiner Einsicht und Erfahrung als feste Stütze zur Seite stand und dessen Persönlichkeit alle amtlichen Beziehungen in wohlthuender Weise zu gestalten wusste“. Zugleich übersandten er und seine Rätthe dem Jubilar eine Erinnerung an seinen hellenischen Lieblingsdichter, einen vortrefflichen aus Emil Brauns Kunstwerkstätte zu Rom hervorgegangenen Bronze-Abguss der Statue des Sophokles im Vatikan.

Vielfach war bei diesem Anlass der Wunsch ausgesprochen, dass Schulze noch lange seine segensreiche Thätigkeit fortsetzen möge; er selbst fühlte sich gerade dadurch zu strenger Prüfung aufgefordert, ob er in seinem Alter zu ihr noch weiter voll befähigt sei. Er hatte durchaus keine Ursache, über die Abnahme seiner geistigen und körperlichen Kräfte zu klagen; aber mit seiner Sinnesart und seiner unbedingten Liebe für den Staat seiner Wahl schien es ihm nicht verträglich zu sein, die Verwaltung der beiden schwierigen Aemter, die ihm im Ministerium des Unterrichts anvertraut waren, „von dem immer unsicheren Gesundheitszustand eines 74jährigen Greises abhängig zu machen“*); so zauderte er nicht, selbst sie niederzulegen, als noch im Jahre

*) Dies bezeichnete er selbst als den entscheidenden Grund seines Rücktritts in zwei Briefen an Hertz und Rosenkranz aus dem April 1859; schon vorher hatte er sich im December 1858 Leo und Ritschl gegenüber in gleichem Sinne geäußert.

seines Jubiläums ein Wechsel im Ministerium eintrat, zu dessen Leitung von dem Prinz-Regenten an Stelle Raumers Bethmann-Hollweg berufen wurde. Nachdem Schulze am 8. November als ältester Rath warme Worte des Dankes an den scheidenden Minister gerichtet hatte, schrieb er unmittelbar darauf seinem neuen Chef, er glaube im Interesse des königlichen Dienstes zu handeln, wenn er ihn bitte, seine Versetzung in den Ruhestand zu beantragen. Sein Gesuch wurde gewährt; an seiner Stelle wurde Olshausen zum Referenten für die Universitäten bestellt, da Trendelenburg das ihm zuerst angebotene Amt nicht übernehmen wollte. Aufs neue wurden bei diesem Anlass nachdrücklich Schulzes Verdienste anerkannt. Persönlich hatten der Prinz-Regent und er sich gegenseitig bei Verhandlungen schätzen gelernt, die sie mit einander über die Königliche Bibliothek geführt hatten. Schulze fürchtete, dass deren Interessen durch bauliche Veränderungen geschädigt würden, welche der Prinz an seinem Palais vornehmen wollte; wie er berichtet, hatte Eichhorn diese „Bedenken todt zu schweigen gesucht, was aber nicht gelang, da der Prinz den bisherigen Referenten in dieser Angelegenheit aufforderte, ihn bei seiner Besichtigung des Bibliothek-Gebäudes zu begleiten und ihn auf die Gefahren und Uebelstände aufmerksam zu machen, welche aus dem beabsichtigten Umbau für die Bibliothek erwachsen würden. Dieser Aufforderung, erzählt Schulze weiter, bin ich auch dem Prinzen gegenüber, wie es dem preussischen Beamten Pflicht und Ehre gebietet, gewissenhaft nachgekommen, und wenngleich der Prinz mich Anfangs als seinen Feind begrüßte, so schied er doch zuletzt von mir unter freundlicher Anerkennung meines Bestrebens, der Königlichen Bibliothek ein neues würdiges, ihrer nationalen Bestimmung vollständig genügendes Gebäude zu erkämpfen“. Unter diesen Verhältnissen bedeutete es mehr als die Erfüllung einer alten Sitte, dass eben der Prinz-Regent jetzt Schulze eine neue Ordensauszeichnung, den Adler der Comthure des Hohenzollernschen Hausordens verlieh. Auch die politische Correspondenz der Preussischen Jahrbücher, die freudig das neue Regiment und besonders Raumers Sturz begrüßte, beklagte das Ausscheiden

des Mannes, „der durch die unverdrossene Beharrlichkeit, mit welcher er unter den misslichsten Verhältnissen der freien Wissenschaft in Preussen eine Stätte zu behaupten suchte, sich einen gerechten Anspruch auf die Dankbarkeit des Landes erworben“ habe, dessen „lebendiges Interesse an den Fortschritten der Wissenschaft, dessen warmer Eifer für ihre Förderung, dessen ausgebreitete Personalkennntniss schwer zu ersetzen“ sei*). Unter den Zuschriften hervorragender Gelehrter, die auf die Kunde von seinem Rücktritt an ihn gerichtet wurden, mag nur die Leopold Rankes erwähnt werden: er übersandte „seinem verehrten Gönner als Zeichen seiner dankbaren Hochachtung“ die letzten Bände seiner französischen Geschichte „an dem Tag, wo Sie eine Stellung verlassen, in der Sie so unermesslich gewirkt wie auch mir mannigfaltige Förderung erwiesen haben“.

*) S. das Januarheft des Jhrg. 1859 der Preussischen Jahrbücher Bd. III, 99 f.

Drittes Capitel.

Otium cum dignitate 1859—1869.

Als Schulze seine Aemter im Unterrichtsministerium niederlegte, schied er damit doch nicht völlig aus dem Staatsdienst aus. Er behielt zunächst die Stellung noch bei, die er in zwei für die Bildung der Officiere wichtigen Behörden einnahm. 1826 war er zum Mitglied der Militär-Studien-Commission, fünf Jahre darauf auch in die Direction der allgemeinen Kriegsschule, der späteren Kriegsakademie berufen. Er betrachtete es als eine für ihn hochehrwürdige Fügung, dass sein Lebensgang ihn in mannigfache Beziehungen zu hervorragenden Vertretern des preussischen Heeres brachte: wie schon früher zu Gneisenau und Clausewitz, zu Müffling und Rühle von Lilienstern, so später zu Radowitz und Höpfner, und nicht geringen Werth legte er selbst auf seine Thätigkeit in den Behörden des Militär-Bildungswesens, in welchen er mit mehreren von ihnen zusammenwirkte. Zu ihrem Mitglied war er auf Müfflings und Rühles von Lilienstern Vorschlag erwählt; voll erkannte er das lebhaft wissenschaftliche Interesse an, dem er bei ihnen und anderen ihrer Standesgenossen begegnete; zugleich aber wurde er nach seiner eigenen Aussage durch „die wohlbegründeten Klagen, welche er aus dem Kreis solcher die Bedürfnisse des preussischen Staats und seiner Armee von höherem Standpunkt würdigenden Männer“ über die mangelhafte Vorbildung vieler Officiere vernahm, in seiner Ansicht von der Nothwendigkeit durchgreifender Reformen auf diesem Gebiete bestärkt. Schon bald nachdem er in die Militärstudiencommission eingetreten war, entwickelte er in einem ausführ-

lichen Bericht, dass von jedem, der auf Avancement im Heere dienen wolle, das Zeugniß der Reife für die Secunda eines Gymnasiums verlangt werden müsse, und überzeugte auch den Kriegsminister von Hake von den Vorzügen der Gymnasialbildung. Freilich machten dann unter dessen Nachfolgern andere Ansichten sich geltend; Schulze erlebte aber die Genugthuung, dass, als 1841 Boyen zum zweiten Mal mit der Leitung der Armeeverwaltung betraut war, die früher von ihm vertretenen Grundsätze hinsichtlich der Bildung der Officiere als principiell richtig anerkannt und höhere Anforderungen an die Avantageure gestellt wurden. Wie von verschiedenen hervorragenden Militärs ist auch von Schulze scharfe Kritik an manchen Missständen in den Militärunterrichts-Anstalten geübt; eifrig bemühte er sich, ihnen tüchtige Lehrer zuzuführen. Namentlich war er bestrebt, für die Kriegsakademie anerkannte Gelehrte, welche zugleich durch anregenden Vortrag sich auszeichneten, als Docenten zu gewinnen und ihnen die freieste Wirksamkeit zu sichern; nur in seltenen Fällen entschloss er sich nach höherer Anordnung durch das persönliche Besuchen einzelner Vorlesungen eine nähere Controle zu üben; entschieden bekämpfte er die Massregel, die Lehrer auf jährliche Kündigung und gegen ein nach der Zahl ihrer wöchentlichen Vortragsstunden abzumessendes Honorar anzustellen. Für besonders wichtig hielt er, die Officiere genau zu prüfen, welche eine Aufnahme in die Kriegsakademie wünschten; er stellte ihnen selbst die Aufgaben aus der Geschichte und Geographie und unterzog die von ihnen eingelieferten Arbeiten seiner Durchsicht. Diese Thätigkeit für das Militärunterrichtswesen führte er mit unvermindertem Eifer fort, bis eine Aenderung in der Organisation der Militärstudiencommission 1864 seinen Rücktritt auch aus diesem Amte veranlasste; gleichzeitig schied er auch aus der Direction der Kriegsakademie und wurde in ihr durch Wiese ersetzt*).

*) S. in Wieses Lebenserinnerungen I, 220 ff. seine Mittheilungen über das Militärunterrichtswesen und über dessen Verhältnisse in Schulzes Zeit namentlich Ollech, Reyher IV, 107 ff.

Dankbar wurden auch in diesen Behörden seine fleissigen Bemühungen anerkannt; natürlich aber waren durch sie seine Zeit und Kraft nicht entfernt in gleicher Weise in Anspruch genommen wie durch seine Thätigkeit im Unterrichtsministerium. Nachdem er diese aufgegeben und sich dadurch Musse verschafft hatte, drängte sich ihm die Erwägung auf, ob er nun in eine Stellung eintreten solle, auf die er früher gerade mit Rücksicht auf die ihm obliegende Arbeitslast verzichtet hatte. 1834 hatte ihn die historisch-philologische Klasse der Akademie der Wissenschaften zu ihrem Mitglied gewählt; er aber hatte sofort erklärt, er könne diese Wahl nicht annehmen, da er eine gewissenhafte Erfüllung aller seiner amtlichen Pflichten mit den Anforderungen nicht zu vereinen vermöge, welche er als ordentliches Mitglied der Akademie an sich selbst machen müsse. Die Klasse ehrte die Beweggründe, welche ihn zu seiner Ablehnung bestimmten, und erklärte ihm daher, sie wolle zunächst der Wahl keine weitere Folge geben, beschloss diese aber in Gültigkeit bestehen zu lassen, damit sie an die Gesamtakademie gebracht werden könnte, sobald Schulze sich bewogen finden sollte, den Wünschen der Klasse nachzugeben. Nachdem er aus dem Ministerium geschieden, legte er sich nun die Frage vor, ob er jetzt etwa den ihm vorbehaltenen Eintritt in die Akademie als ordentliches Mitglied veranlassen sollte; aber er konnte sich dazu auch jetzt nicht entschliessen, weil er glaubte den Anforderungen, die er an Inhalt und Form der in der Akademie zu haltenden Vorträge und an productive gelehrte Thätigkeit der Akademiker stellte, nicht genügen zu können. Er beschränkte sich darauf das Recht zu benutzen, das er durch seine 1854 erfolgte Ernennung zum Ehrenmitglied der Akademie erlangt hatte, alle ihre Sitzungen zu besuchen; wie ihnen widmete er auch weiter den literarischen Unternehmungen der Akademie*) lebhaftes Interesse; aber eine äussere

*) Unter diesen hatte Schulze persönlich sich besonders für die Ausgabe der Werke Friedrichs des Grossen bemüht; er hatte dazu mitgewirkt, dass schon Friedrich Wilhelm III. eine neue Edition zunächst der historischen Werke genehmigte und die Bewilligung der für sie

ihn bindende Verpflichtung wollte er ihr gegenüber nicht übernehmen, sondern die ihm gegönnte Musse lediglich freien wissenschaftlichen Studien widmen.

Er hatte solche wie erwähnt auch unter allen ihm obliegenden amtlichen Geschäften getrieben; stets war er zu den alten Freunden seiner Jugend, den griechischen Classikern zurückgekehrt. Aber oft hatte er doch schmerzlich empfunden, dass er im Gedränge der Arbeiten nur wenig Zeit für die Beschäftigung mit ihnen fand; jetzt holte er nach, was er hatte versäumen müssen. Durch Geschäfte nicht gestört las er nun früh und spät im Zusammenhange namentlich Sophokles und Plato, Demosthenes und Thukydides; dabei studirte er, was für sie die neuere wissenschaftliche Forschung geleistet hatte. Neben den philologischen beschäftigten ihn besonders philosophische Werke; Kant und Hegel begleiteten ihn auch in die nun häufiger aufgesuchten böhmischen Bäder. Seinen Studien kam wesentlich zu statten, dass er von Jugend auf die Sammlung einer Privatbibliothek betrieben hatte; vornehmlich durch geschickte antiquarische Einkäufe hatte er sie so zu vermehren gewusst, dass sie bei seinem Tode über 20 000 Bände zählte, darunter viele werthvolle alte Ausgaben der Classiker, namentlich

erforderlichen Mittel in Aussicht stellte; dankbar erkannten die Akademie, der Friedrich Wilhelm IV. die Leitung des Unternehmens übertragen, und namentlich der hauptsächlich für dasselbe thätige Preuss die von Schulze geleistete Hülfe an. Ausser der Akademie haben auch viele andre gelehrte Gesellschaften Schulze zu ihrem Ehrenmitglied ernannt: 1827 der thüringisch-sächsische Verein für Erforschung des vaterländischen Alterthums, 1828 die deutsche Gesellschaft in Königsberg und die schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur, 1835 die Gesellschaft für pommersche Geschichte, 1836 die historisch-theologische Gesellschaft in Leipzig, 1839 die dortige deutsche Gesellschaft zur Erforschung vaterländischer Sprache und Alterthümer. In der Erfurter Akademie gemeinnütziger Wissenschaften sollte ihm das Präsidium übertragen werden; Schulze lehnte dies ab, obgleich Graffunder ihn in Erinnerung an Dalberg zur Annahme zu bestimmen suchte, bethätigte dann aber sein Interesse für die von Dalberg begünstigte Gesellschaft dadurch, dass er ihr die schon oben S. 166 erwähnte Büste von diesem überwies.

eine beträchtliche Zahl von Aldinen. In dem sorgfältig von Schulze selbst geschriebenen Katalog nahmen die auf Homer bezüglichen ca. 380 Nummern 19 und die Literatur über Plato allein 15 Seiten ein. Es erregte die Bewunderung der Familie, wie Schulze unter diesen zahlreichen Büchern Bescheid wusste, von denen er die meisten auch im Dunkeln finden konnte; wie sein Grossvater Stute, der durch sein Vorbild zuerst in ihm die Neigung zum Büchersammeln geweckt hatte, legte er nicht geringen Werth auch auf haltbare und geschmackvolle Einbände*).

Bedeutendes trug zur Vermehrung seiner Bibliothek auch bei, dass viele wissenschaftliche Autoren ihm ihre Arbeiten übersandten; nicht wenige von ihnen fuhren auch nach seinem Rücktritt in gleicher Weise fort ihm ihre Verehrung zu beweisen. Und gern liess er sich namentlich den Philologen gegenüber in briefliche Erörterungen über den Inhalt der Schriften, die sie ihm zugeschickt hatten, und andere sie gemeinsam interessirende wissenschaftliche Fragen ein; noch lieber war ihm der mündliche Austausch mit befreundeten Gelehrten, wenn sie auf Reisen nach Berlin bei ihm vorsprachen, und besonders hoch schätzte er, dass er dort un- ausgesetzt mit seinen alten Studiengenossen Böckh und Karl Köpke verkehren konnte. Erquickung für Geist und Herz bot ihm die Abendstunde, die er mit diesem und anderen Freunden zu verplaudern pflegte; für sein gemüthliches Behagen aber war am wichtigsten die Liebe, mit der seine Söhne ihn umgaben, und seine herzliche Theilnahme an ihren Interessen und Geschicken. Innig freute er sich des jungen Familien- glücks, das er in seinem Hause bei seinem Max erblühen sah, und die Trauer über die harten Schläge, die auch ihm nicht erspart blieben, stärkte in Vater und Sohn noch mehr das Gefühl ihrer Gemeinschaft. Zusammen verliessen sie desshalb 1865 auch die Wohnung, in der sie am Kupfergraben (Nr. 6)

*) Diese Angaben über Schulzes Bibliothek sind Aufzeichnungen seines Sohnes Max entnommen, der sie, nachdem ihr Ankauf Seitens des preussischen Staats abgelehnt war, an die Northwestern University in Evanston in Illinois verkaufte.

33 Jahre lang zusammen gewohnt und viel Freud und Leid durchlebt hatten, und siedelten in ein Haus der Matthäikirchstrasse (Nr. 2) über, dessen Lage in der Nähe des Thiergartens und dessen Einrichtung manche Vortheile bot. Doch fiel Schulze, wie sein Sohn bemerkt*), der Entschluss schwer, von den alten Räumlichkeiten und dem Mittelpunkt der Stadt sich zu trennen, in dem er so lange gelebt hatte; denn ehe er an den Kupfergraben zog, hatte er nicht fern davon in der Burgstrasse gewohnt, nachdem er zuerst am Dönhofsplatz sich eingemietet hatte.

In einem Brief aus dem Jahr 1848 hat Schulze ausdrücklich hervorgehoben, wie erfreulich es für ihn sei, dass er und seine Söhne auch in ihrem Urtheil über die politischen Fragen der Gegenwart übereinstimmten; so wenig er irgendwie in Parteitreiben sich einliess, mit so lebhaftem Interesse verfolgte er doch auch in seinem hohen Alter alle Wendungen im Leben des Staats seiner Wahl. Mit warmer Theilnahme beobachtete er natürlich besonders, wie die Bildungsanstalten, die so lange seiner Fürsorge anvertraut waren, weiter geleitet wurden, obgleich nicht, wie der politische Correspondent der Preussischen Jahrbücher bei seinem Rücktritt angenommen hatte, auch nach diesem sein Rath viel begehrt wurde. Er hatte keine näheren Beziehungen zu Raumers Nachfolgern und ihren Räthen; manche ihrer Massregeln flossten ihm grosse Bedenken ein. So beklagte er die 1861 kurzer Hand verfügte Abänderung des Tentamen philosophicum**) und nicht wenige Entscheidungen in Personalfragen; „in dem Ministerium Mühler, wie in dem Ministerium von Bethmann-Hollweg“, schrieb er 1863 einmal an Ritschl, „scheint man nur zu oft zu vergessen, dass wie überhaupt in der Welt so auch bei der Ernennung von Universitätsprofessoren am Ende alles auf den Zusammenhang ankommt.“ Und in demselben Briefe sprach er zugleich

*) In Aufzeichnungen über die Wohnungen seines Vaters, denen die obigen Notizen entnommen sind.

**) S. über und gegen sie auch J. B. Meyer in den Preussischen Jahrbüchern VIII, 254 ff. und F. W. Beneke, Die praktische Medicin unserer Tage (Marburg 1863) S. 38 ff.

seinen Kummer über den preussischen Verfassungsconflict aus. In ihm stand er, obwohl er sich, wie er ausdrücklich bemerkt, „von jeder öffentlichen Theilnahme an dem Streit der einander feindlich gegenüberstehenden Parteien fernhielt, aus inniger Ueberzeugung auf der Seite derer, welche nach einer redlichen Durchführung und folgerechten Entwicklung der beschworenen Verfassung streben“. Auch er fühlte sich daher vielfach verletzt durch das Verfahren der Regierung und der sie unterstützenden conservativen Partei. Als ihm 1864 Heinrich Leo seinen Aufsatz: „Was ist conservativ?“ übersandte, dankte ihm Schulze für das „treffend gezeichnete Bild eines preussischen Conservativen“; „auch er sei sich bewusst“, schrieb er, „überall auf preussische Zucht und Ordnung, die Sie mit Recht als die Grundpfeiler preussischer Freiheit bezeichnen, gehalten zu haben. Ein solches Bestreben“, fuhr er fort, „erschien mir stets und erscheint mir noch heute so einfach und so naturgemäss, dass ich kein besonderes Verdienst darin erkennen und noch weniger mich denen beigesellen kann, welche sich vorzugsweise preussische Conservative zu sein rühmen, während sie ohne wahrhaftige Tugend und ohne gediegene geistige Bildung engherzig nur ihre selbstischen Zwecke verfolgen und als befangene Parteigänger der nothwendigen freien Entwicklung des ächten königlich preussischen Wesens abhold sind. Solchen preussischen Conservativen, welche auf das preussische Bürgerthum mit Geringschätzung herabsehen und sich als die einzig berechnigte Stütze des Staats und des Königthums betrachten, gehe ich gern aus dem Wege, weil eine lange Erfahrung mich zur Genüge gelehrt hat, dass eine aussöhnende Verständigung mit ihnen völlig unmöglich ist. Ich finde solche destructive Conservative vorzugsweise im Heere und in den höheren Beamten, und ich kann den Wunsch nicht unterdrücken, dass Sie, geliebter Freund, gelegentlich auch gegen diese falschen Preussen Ihr scharfes Schwert richten mögen.“

Die inneren preussischen Wirren bekümmerten Schulze nicht zum wenigsten auch desshalb, weil er durch sie dem preussischen Staat die Erfüllung seiner Pflichten für Deutschland erschwert fand. Nie hat er sich in der Ueberzeugung

beirren lassen, die er 1849 ausgesprochen hatte, dass Preussen zum Vorkämpfer für Deutschlands Einheit und Ehre berufen sei; eben darum berührten ihn um so schmerzlicher Schwankungen und Fehlgriffe der preussischen Politik. Schwankend und unklar erschien ihm ihre Haltung auch gegenüber den orientalischen Wirren. „Ich habe“, schrieb er im März 1854 an Götting, „keine Sympathien für Russland, aber auch keine für Frankreich und England; das letztere wie das erste hat uns in den Jahren 1848—50 zu viel geschadet, und gegen Frankreich bin ich mit wohl begründetem Misträuen erfüllt. Darum kann ich nur zu einer selbstständigen festen Haltung und zur innigen Verbindung mit Deutschland rathen.“ Unterschied sich diese seine Ansicht wesentlich von den in der liberalen öffentlichen Meinung vorwaltenden Anschauungen, so theilte er auch nicht die Hoffnungen, die sie auf das erste vom Prinz-Regenten berufene Ministerium und die von ihm eingeleitete neue Aera setzte. Er sah, wie er 1861 schrieb, den Mann nicht, welcher den politischen Bewegungen der Zeit „die gottgefällige Richtung zu geben vermöchte und den von allen Seiten drohenden Sturm mit Einsicht und Kraft beschwören könnte“. „Aber“, setzte er hinzu, „er wird kommen, wenn ich auch seinen Tag nicht mehr erleben werde“. Es ist sehr begreiflich, dass auch er zunächst die Bedeutung des 1862 eintretenden neuen Lenkers der preussischen Politik nicht erkannte, obgleich er 1848 mit ihm in persönliche Berührung gekommen war. Wie er berichtet, hatte damals Bismarck ihn persönlich aufgesucht, um von ihm eine Empfehlung an seine Freunde in Brandenburg zu erhalten, wo er gewählt werden wollte; nach einem längeren Gespräch, in dem Bismarck sich „zutraulich über die damalige Lage des Staats, den König und seine Unterredung mit ihm aussprach“, glaubte Schulze ihm die gewünschte Empfehlung zusagen zu können. Seitdem aber hatten sie sich nicht wiedergesehen; aus den eben mitgetheilten und anderen Aeusserungen Schulzes über den Verfassungsconflict ist ersichtlich, dass er Bismarcks Haltung in ihm misbilligte. Doch hat er auch in Tagen, in denen ihm der Gang der Politik ernsteste Sorge und schwersten

Kummer bereitete, nie „den Glauben an die höhere Bestimmung des preussischen Staats“, nie die Hoffnung aufgegeben, dass „eine günstigere Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse in der Zukunft eintreten werde“.

In dieser Gesinnung befestigte ihn der vertrauliche Umgang, den er in diesen Jahren mit dem alten Kämpfer aus den Befreiungskriegen, dem General Ernst von Pfuel pflegte. Beide waren einverstanden in den Bestrebungen für eine bessere wissenschaftliche Vorbildung der Officiere; vor allem aber schätzte Schulze an seinem Freund, dass dieser bis in sein hohes Alter unausgesetzt weiter für seine eigene Bildung sich bemühte, „frei von Vorurtheilen jegliche Sache nach ihren wesentlichen Bezügen erwog“ und ohne Bitterkeit auch über die trüben Erfahrungen urtheilte, die er während und nach seiner Ministerpräsidentschaft im Jahre 1848 hatte machen müssen. „Er war, sagt Schulze, ein Optimist im weitesten und edelsten Sinne des Wortes, und so oft ungenügende hinter seinen Idealen noch weit zurückstehende politische und kirchliche Verhältnisse zur Sprache kamen, wusste er sich und Andere in fester Erwartung einer besseren Gestalt des Staats und der Kirche schon in nächster Zukunft mit seinem immer wiederkehrenden Schlussatz zu trösten: ‘das ist alles nur eine Frage der Zeit’. In solchem gläubigen Sinn begrüßte er die Befreiung der Neger in Nordamerika, die immer wachsende Entwicklung und Befestigung der constitutionellen Regierung in Preussen“ und die preussischen Siege von 1866. Dass nach allen kummervollen Tagen der vergangenen Jahre sie diese noch erleben durften, haben beide alte Freunde in freudigster Bewegung dankbar gepriesen. Später als sonst kehrte Pfuel im Herbst dieses Jahres von seiner Sommerreise nach Berlin zurück; schmerzlichste Schläge hatten seine Familie betroffen; aber als er Schulze zuerst wieder begrüßte, traten, wie dieser erzählt, „alle persönlichen Empfindungen zurück vor dem ihn ganz erfüllenden Jubel seines preussischen Herzens über die Grossthaten des preussischen Heeres, über die umsichtige Leitung seiner Führer und über die musterhafte Haltung und Tapferkeit seiner Officiere“. Auch Schulze bezeichnete es im November 1866

als „eine unverdiente Gnade der Vorsehung“, dass es ihm, dem Greise noch vergönnt worden, die todesmuthige Tapferkeit des preussischen Volkes so bewährt und dadurch Früchte reifen zu sehen, für die auch er ein halbes Jahrhundert hindurch unablässig gearbeitet habe. Freilich, setzte er hinzu, entgehe es ihm nicht, wie viel noch zu thun übrig bleibe und wie keineswegs eine genügende Lösung der besonders auch der preussischen Unterrichtsverwaltung gestellten neuen grossen Aufgaben durch ihre gegenwärtigen Leiter gesichert sei. Oft war er auch in der folgenden Zeit mit ihrem Verfahren wenig zufrieden; schmerzlich bemerkte er, wie „behaglich man sich bei der Wahl mittelmässiger Geister zu den wichtigsten Universitätslehrstellen fühle“. Aber diese Zustände erklärte er in dem neuen Preussen für unhaltbar, ihn tröstete die Ueberzeugung, die er 1868 Ritschl gegenüber äusserte*), „dass zum Heile Deutschlands und der deutschen Wissenschaft an die dunkle Stelle des heutigen Man bald ein wohlthätig leuchtendes, Freiheit und Einheit förderndes Gestirn treten werde und müsse“. Alle von ihm getadelten Regierungsmassregeln machten ihn nicht irre in seinem Glauben an die Zukunft des preussischen Volkes; „trage es doch“, so schrieb er demselben Freund am 1. Februar 1869, „in seiner angestammten Sinnesart, in seiner todesmuthigen Vaterlandsliebe, in seiner Bildung wie in seiner ganzen Geschichte die sichere Bürgschaft, dass seine Söhne ihrer Väter eingedenk bleiben und gleich diesen in den verhängnissvollen Jahren 1813 bis 1815 und 1866 sich gegen jeden äussern Feind siegreich behaupten werden. Wie engherzig und wie wenig im Geiste eines ächten Staatsmannes auch dieser und jener unserer Minister walten mag, vom preussischen Volke und Staate kann man nicht würdig und gross genug denken, weil von dem einen wie von dem andern die hoffentlich bessere Zukunft nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas bedingt ist.“

Nach solchen Worten ist zweifellos, wie er die Siege des folgenden Jahres und die Begründung des deutschen

*) In einem Brief vom 2. März, aus dem auch die im vorigen Satz angeführten Worte entnommen sind.

Reichs begrüsst hätte — sie aber sollte er nicht mehr erleben. Der Gedanke an den Tod war ihm schon früher nahe getreten; im letzten Jahrzehnt war er besonders oft durch viele schmerzliche Verluste in ihm angeregt. „Immer kleiner“, äusserte er 1868, „wird die Zahl der Männer, welche mir während meines langen wechselvollen Lebens als theilnehmende Begleiter fest zur Seite standen oder meinen Bestrebungen als wohlthätige Gestirne vorleuchteten“. Zu letzteren rechnete er Böckh, nach dessen Tod er diese Worte schrieb; schon vor ihm waren Karl Köpke und Ernst von Pfuel, noch früher als sie 1861 Schulzes einziger Bruder Bernhard in Kiel und 1863 sein durch ein halbes Jahrhundert eng mit ihm verbundener Schwager Karl Rössler in Hanau gestorben. Tief schmerzlich berührte ihn, dass im Januar 1869 auch sein ältester Schüler, sein lieber Freund Göttling dahinschied.

Es war natürlich, dass bei dem Hingang all dieser alten Genossen seines Lebens er an die Eindrücke zurückdachte, die er mit ihnen getheilt hatte; jüngere Freunde forderten ihn auf, doch seine reichen Erfahrungen auch kommenden Geschlechtern nicht verloren gehen zu lassen, Aufzeichnungen über sein Streben und Wirken zu machen. Zunächst wies er solche Aufforderung zurück: „Ist es nicht genug“, sagte er, „dass ich gehandelt habe, soll ich auch noch von mir sprechen?“ Treu seinem Wahlspruch: „Bene vixit qui bene latuit“ hatte er während seiner amtlichen Thätigkeit soviel er konnte dafür gesorgt, dass nicht seiner in den Zeitungen gedacht wurde; gern wiederholte er die Worte: „Thust Du was Gutes, wirf's ins Meer! Sieht's nicht der Fisch, sieht's doch der Herr“; oft äusserte er: „Ich will keinen Dank, sondern die Sache“. Aber er überzeugte sich, dass er die sachlichen Interessen, die ihm am Herzen lagen, fördern konnte, wenn er seine persönlichen Bemühungen für sie schilderte, dass es guten Grund hatte, wenn Zarncke im Januar 1868 ihm schrieb, Niemand vermöge so klar ihren Zusammenhang zu durchschauen und so richtig die ihnen entgegnetretenden Schwierigkeiten darzustellen als er. So entschloss er sich im Herbst dieses Jahres als 82jähriger Greis die neue Arbeit zu übernehmen. Er sah die vielen an ihn

gerichteten Briefe und andere Schriftstücke durch, die er sorgfältig gesammelt und zum grössten Theil auf dem Geheimen Staatsarchiv deponirt hatte; er liess einzelne wichtige Actenstücke sich abschreiben, die sich von seiner Hand in der Registratur des Ministeriums befanden, und begann zugleich die Erinnerungen an seine Jugend aufzuzeichnen. Auf 38 Foliobogen schilderte er in chronologischer Ordnung seine Lehr- und Wanderjahre bis zu seiner Berufung nach Berlin, auf 62 weiteren machte er die verschiedenartigsten Mittheilungen über die Thätigkeit, die er hier entfaltet, und die Beziehungen, in die er hier getreten war. Es ist selbstverständlich, dass es nicht schwer fällt, die schnell geschriebenen Aufzeichnungen des mehr als Achtzigjährigen aus anderen Quellen im Einzelnen zu berichtigen und in Vielem zu ergänzen; in hohem Grade dankenswerth ist es, dass er nicht durch Rücksichten auf möglichste Correctheit und stilistische Vollendung sich abhalten liess, rastlos weiter zu schreiben, so lange es noch Tag für ihn war. Er selbst täuschte sich nicht darüber, dass es ihm nicht mehr beschieden sein werde, diesen seinen Denkwürdigkeiten eine Gestalt zu geben, in der sie veröffentlicht werden könnten; am 11. Februar zeichnete er das Motto auf, das er diesem Buche vorgesetzt sehen wollte und schrieb darunter das Datum und die Worte: Meines nahen Todes gewärtig. Athembeklemmungen, die schon früher ihn oft geplagt hatten, erweckten schlimme Befürchtungen; einen Anfall von Grippe, der Mitte Februar ihn heimsuchte, hielt er sofort für tödtlich. Am Morgen des 20., zwischen 5 und 6 Uhr, ist er im 84. Lebensjahr sanft entschlafen. Drei Tage darauf sprach der akademische Prediger, der ihm noch kurz zuvor im Kreise der akademischen Jugend das Abendmahl gereicht hatte, vor einer stattlichen Trauerversammlung warme Worte zu seinem Gedächtniss*); wie er gewünscht

*) Ein Bericht über die Bestattungsfeier wurde in der ersten Beilage zu Nummer 46 der Vossischen Zeitung vom 24. Februar 1869 veröffentlicht und dabei auszüglich die Rede Steinmeyers mitgetheilt, deren Wortlaut für Freunde separat gedruckt ist. In der zweiten Beilage derselben Nummer sind Worte von Löwe-Calbe, in der ersten Beilage zu Nummer 48 solche von Kochhann erwähnt; die zweite Bei-

hatte, wurde ihm auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof, auf dem seine Frau und sein Sohn, wie Böckh und Hegel begraben waren, die letzte Ruhestätte bereitet.

Als zehn Jahre zuvor bei seinem Jubiläum von Einzelnen und aus ganzen Kreisen, welche seine Fürsorge empfunden hatten, reiche Ehrenkränze dem treuen Pfleger der geistigen Kräfte Preussens gespendet waren, hatte Trendelenburg in der Zuschrift der Berliner Akademie besonders den Zug in Schulzes Wesen hervorgehoben, welcher ihn „früh und für immer an die idealen Güter und das edelste und eigenthümlichste Leben Deutschlands knüpfte“. Er erinnerte daran, wie Schulze in seiner Jugend sich dem die Nation verjüngenden Geist hingeeben, wie er stets in der Idee den Mittelpunkt seines Denkens und Schaffens gefunden, wie er in diesem Sinne in Winckelmann und Hegel sich eingelebt habe. „So weihten Sie“, fuhr Trendelenburg fort, „mit der Anschauung des Schönen und der Ergründung des Wahren den Beruf, in dem Sie nun schon mehr als vierzig Jahre, auf die Höhen des Staats gestellt, für die wissenschaftliche Kraft der Nation unermüdlich wirken. Es fügt sich der Stein durch den Meissel des Künstlers leichter zum Ausdruck der Idee, als der Stoff der Menschenwelt, bald geschmeidig und gemein, bald widerpenstig und roh, die höhere Idee annimmt und edel darstellt, und an diesem Stoff zu bilden, war Ihre grosse und

lage dieser letzteren Nummer brachte auch einen Nekrolog auf ihn. Unter den Nachrufen, die in anderen Zeitungen (so im Staatsanzeiger vom 6. März) erschienen, ist weitaus der bedeutendste der von Rudolf Köpke in der Spenerschen Zeitung vom 6. und 7. März, der dann in der Zeitschrift für preussische Geschichte VI, 355 ff., in der Zeitschrift für Gymnasialwesen XXIII, 245 ff. und in Köpkes Kleinen Schriften S. 802 ff. wieder abgedruckt wurde. Schon oben, S. 398 und 491, sind die Gedächtnissreden erwähnt, die in Pforta und im Joachimsthalschen Gymnasium Koberstein und Kiessling hielten; letzterer sprach über Schulze auch in der Sitzung der Berliner Gymnasiallehrergesellschaft vom 14. April 1869.

schwere Aufgabe. Sie arbeiteten nun da, wo die Idee, welche für sich wie im Morgenroth wohnt, den Widerstand des Wirklichen und die Reibung an der Masse erfährt, wo die Kehrseite der Dinge und der Nothbedarf des Lebens den höhergehenden Gedanken zügelt, wo die Wirkung in die einzelnen Menschen sich verliert und daher das Werk nimmer ganz und voll, nimmer genau und fleckenlos erscheinen kann, wie wohl ein Werk der schönen Kunst den Augen des Beschauenden, wo die Idee des wachsamsten Hüters bedarf, damit nicht die, welche sie durchführen sollen, sie träge oder selbstsüchtig gefährden. Sie arbeiteten da, wo täglich in dem Vielen und Kleinen der Geschäfte die eine grosse Idee zu zerbröckeln oder zu zersplittern droht, wo die anscheinend dankbarste Arbeit nicht selten den Undank der Menschen einträgt. So arbeiteten Sie an einer Aufgabe, an welcher vieles geeignet ist, die warme Empfindung zu kühlen und den muthigen Schwung zu lähmen, in welcher unvermeidlich vieles dahinführt, die Idee zu den Dingen herabzudrücken, statt die Dinge zur Idee hinaufzuziehen. Aber auch hier blieben Sie der Sohn einer idealen Zeit und das Grosse und das Ganze blieb Ihnen vor Augen. Vor Allem pflegten Sie liebend die jüngeren Kräfte, soweit nur die Mittel reichten, und trösteten und ermunterten Sie, wo die Mittel fehlten. Innerhalb des weiten Kreises, welchen Sie mit Ihrer Thätigkeit durchmassen, waren Sie bemüht, die schwierigste Kunst, den rechten Mann an den rechten Ort zu stellen, diese staatsmännische Kunst, welche das Geheimniss und der Vorzug der echten Monarchien ist, selbst zu üben und mit einsichtigem Rath zu fördern.“

Solches Wirken und solche Gesinnung hervorzuheben, hielt sich Trendelenburg doppelt verpflichtet in einer Zeit, in welcher „der dem Idealen entgegengesetzte Pol am Kompass des Lebens die Richtung anweise, welche in staunenswerther Arbeit, in rastlosem Wetteifer die Welt der Dinge zu gewinnen suche, zunächst unbekümmert, ob sie dabei auch an dem idealen Besitz Schaden nehme, in welcher selbst die Jugend wohl vergesse, was einer der Alten als das Kennzeichen ihres Wesens angiebt, dass sie allewege das Schöne dem Nützlichen vorziehe“. Auch Schulze klagte in seinem

Alter über die Vernachlässigung philosophischer und anderer allgemein bildender Studien, über die Zunahme des Specialistenthums, über die zahlreichen nur an Examen und Carriere denkenden Studenten; „darum aber“, setzte er hinzu, „soll man fortfahren, seine Schuldigkeit zu thun“. Und eine neue Aufforderung zur Pflege der idealen Bestrebungen des deutschen Geistes sah er wie in diesen trüben, so in den freudigsten Erfahrungen seiner letzten Jahre, in der politischen Erhebung des Vaterlands. Stets bemühte er sich, ihm und der Menschheit zugleich durch Förderung wissenschaftlicher Arbeit und humaner Bildung zu dienen, und nicht ohne Frucht blieb, dass er seiner rastlosen Thätigkeit so hohe Ziele steckte und sie Jahrzehnte hindurch mit hingebender Liebe, ernster Gewissenhaftigkeit und gründlicher Sachkenntniss verfolgte. Ueber sein Leben hinaus haben die Männer, die er gefördert, und die Ordnungen gewirkt, die er getroffen hat; als weilte er noch unter uns, ist sein Name bei den lebhaften pädagogischen Streitigkeiten unserer Tage angerufen und gescholten. Nicht in diesem historischen Buche sind die in ihnen behandelten praktischen Fragen zu erörtern; wohl aber dürfte es auch für ihre gründliche Würdigung nicht unwichtig sein, der historischen Entwicklung unserer Bildungsanstalten und des Geistes zu gedenken, in dem für sie und durch sie Schulze und Altenstein wie Humboldt und Süvern gewirkt haben.

